

# Tarantel

Nr. 56

März  
I/2012

Zeitschrift der Ökologischen Plattform  
bei der Partei

**DIE LINKE.**



**Markt – Kultur – Produktion**

**Gentechnik und Biopatente**

**Weltwirtschaft – Klima – Rohstoffe**

---

## Editorial

Den Rahmen unseres mehr oder weniger ökologischen Handelns bilden die Gesetze der Märkte, die wie ein Mycel alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens durchdringen oder zumindest beeinflussen. Und da bzw. solange Umweltgüter keinen Tauschwert besitzen, interessieren sie den Kapitalismus nur als Quelle, die es auszubeuten, aber nicht zu schützen gilt. Der Kampf um Ökologie kann daher nur erfolgreich sein, wenn er gleichzeitig antikapitalistisch geführt wird.

Aus diesem Grund präsentieren wir drei grundsätzliche Artikel in einem Zusammenhang als Schwerpunktthema.

## In eigener Sache

### Spendenaufruf

an MitstreiterInnen und SympathisantInnen der Ökologischen Plattform

Der Sprecherrat der Plattform ist ständig bemüht, Euch nicht mit unangenehmen Hilferufen zu belästigen. Das betrifft insbesondere auch Bitten um finanzielle Unterstützung für unsere Arbeit. Bisher ist es uns auch meistens gelungen, mit einem bescheidenen Etat zu wirtschaften.

In den letzten Monaten mussten wir eine größere Anzahl unserer Flyer mit unseren ökologisch-politischen Positionen neu produzieren und in hoher Auflage drucken lassen, damit wir mit ihnen auf Info-Ständen und für ähnliche Zwecke bis zur nächsten Bundestagswahl und darüber hinaus ausreichen. Das ergab eine Rechnung, die sogar ein ganzes Jahresbudget von uns übersteigt.

In dieser Situation haben wir uns entschlossen, diejenigen unter Euch, die dazu in der Lage sind, zu bitten, einen finanziellen Beitrag zu diesem wichtigen Teil unserer Arbeit zu leisten.

Wer zuhause oder bei Freunden unsere homepage im Internet einsehen kann, findet dort alle unsere Faltblätter und kann sich von der Qualität dieser Arbeit überzeugen. Die Blätter können natürlich auch ausgedruckt und für die eigene politische Arbeit genutzt werden.

Mit Dank im Voraus und solidarischen Grüßen,

Sprecherrat der Ökologischen Plattform

## Tagung des Koordinierungsrates am 11.2.2012

Dem Koordinierungsrat lagen zwei **Kandidaturen zum Parteitag** der LINKEN vor. Daher wurde von einer Briefwahl Abstand genommen und beschlossen, die Meldefrist bis zum 31.3.12 zu verlängern und die Delegierten zum Bundestreffen zu wählen.

Bis zum 11.2.12 haben Johanna Scheringer-Wright und Detlef Bimboes ihre und am 1.3.12 Wolfgang Huste seine Kandidatur zum dritten Parteitag erklärt.

Hier ist eine sehr kurze Vorstellung:

### **Dr. Johanna Scheringer-Wright**

- geb. 1963
- Agrarwissenschaftlerin
- Beraterin und Gutachterin für Landwirtschaft und Umwelt seit 2010
- Fachreferentin für die Fraktion DIE LINKE im niedersächsischen Landtag

### **Dr. Detlef Bimboes**

- geb. 1946
- Diplombiologe
- von 1979 – 2008 beruflich in der Agrar- und Umweltverwaltung tätig

### Wolfgang Huste

- geb. 1955
- Lehrer; ab 1988 Antiquar u. Auktionator
- Pressesprecher ÖPF RP
- stellv. Ver.di-Sprecher KV Ahrweiler
- ...

Wer von Euch noch für die Ökologische Plattform als Delegierte/r kandidieren will, melde sich bitte beim SprecherInnenrat mit einer kurzen Selbstdarstellung.

Der Koordinierungsrat akzeptierte den **Stand unseres Internetauftrittes** und den Start der neuen Webseite.

Die Webadresse ist

<http://www.oekologische-plattform.de>.

Die E-Mail-Adressen lauten:

Allgemein, SprechInnenrat:

[info@oekologische-plattform.de](mailto:info@oekologische-plattform.de)

Mitgliedschaft, Adressänderungen, Tarantelbe- und -abbestellung

[kontakt@oekologische-plattform.de](mailto:kontakt@oekologische-plattform.de)

Beiträge, Hinweise zur Tarantel

[tarantel@oekologische-plattform.de](mailto:tarantel@oekologische-plattform.de)

Beiträge, Hinweise zum Internetauftritt

[web@oekologische-plattform.de](mailto:web@oekologische-plattform.de)

Weiterhin wurde die Tagesordnung des **Bundestreffens** beschlossen.

### Einladung zum Bundestreffen

Das Bundestreffen der Ökologischen Plattform findet am 21./22.4.2012 in Lübeck statt.

Ort: DJH vor dem Burgtor

### Tagesordnung

- Bericht und Diskussion zur Arbeit der Plattform im vergangenen Jahr
- Aktivitäten zur Stärkung der Landesgruppen der Plattform sowie zur Mitgliederwerbung
- Aktuelle politische und ökologische Situation in S-H
- Umweltprobleme durch Fracking

- Wahl der Delegierten der Plattform zum Parteitag
- Wahl des Sprecherrates und des Koordinierungsrates der Plattform

Die Wahl des etwas peripheren Standortes für das Bundestreffen hängt damit zusammen, dass in Schleswig-Holstein Landtagswahlen stattfinden und wir hoffen, damit einen kleinen Beitrag zum Wahlkampf der LINKEN leisten zu können.

## Regionales

### Parteitag der LINKEN in Brandenburg

#### Wolfgang Borchardt

Der Landesverband der Brandenburger LINKEN hat sich gegen neue Braunkohletagebau und -kraftwerke ausgesprochen. Auf seinem Landesparteitag am 25.1.12 stimmten die Delegierten für den Antrag „Für eine zukunftsfähige Energiepolitik“, welchen die Landesarbeitsgemeinschaft Umwelt gestellt hatte. Das Ergebnis war denkbar knapp: 54 Dafür-Stimmen, 53 Gegenstimmen und 13 Delegierte enthielten sich, obwohl sich in der Energiedebatte zwei MinisterInnen und die Landtagsfraktionsvorsitzende dagegen ausgesprochen und sogar das Gespenst der Koalitionsgefährdung heraufbeschworen haben.

Allerdings wurde auch der Alternativantrag 8, eingereicht von Thomas Domres, Stefan Ludwig, Landesvorstand u.a., beschlossen, der zwar auch den Ausstieg aus Braunkohleverstromung fordert, aber wesentlich schwammiger. Die Auseinandersetzung ist also noch nicht abgeschlossen; daher wünschen wir unseren MitstreiterInnen in Brandenburg viel Kraft und Erfolg.

Weitere Informationen finden Sie unter:  
<http://www.oekologische-plattform.de/?s=18.2.2012>

### **DIE LINKE Ahrweiler begrüßt die Unterzeichnung der „Charter der 100ee-Regionen“ durch Landrat Dr. Jürgen Pföhler**

#### **Wolfgang Huste**

Der Sprecherrat der Partei DIE LINKE Ahrweiler begrüßt die Selbstverpflichtung des Kreises, die regionale Energiewende voranzubringen, sich für die eigene Versorgung mit Strom, Wärme und Mobilität engagiert einzusetzen. Die „100ee“ steht für „100 Prozent Erneuerbare Energien“. Auch DIE LINKE unterstützt selbstverständlich dieses Ziel, insbesondere die Ökologische Plattform Rheinland-Pfalz, eine Arbeitsgemeinschaft innerhalb unserer Partei, die sich schon seit vielen Jahren für Erneuerbare Energien einsetzt. Wir sind der Ansicht, dass mit gemeinsamen Anstrengungen dieses Ziel schon vor 2020 zu realisieren ist, und nicht, wie vom Kreis angepeilt, erst bis spätestens 2030. Das bundesweit agierende „Kompetenzwerk Dezentrale Energietechnologien“ (deENet) in Kassel unterstützt Kommunen und Regionen auf diesem Weg. Das deENet, das vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit federführend gefördert wird, hat den Kreis Ahrweiler wegen dessen bisherigem Engagement als sogenannte Starterregion gelistet. Marion Morassi, Sprecherin DIE LINKE Ahrweiler und Mitglied der Ökologischen Plattform Rheinland-Pfalz merkt hierzu an: „Insbesondere das Solarprogramm, das die kreiseigenen Schulen mit Photovoltaikanlagen ausgestattet hat und als rheinland-pfälzisches Landesleitprojekt im Klimaschutz ausgezeichnet wurde, ebenso die Erdwärmeheizung an der Nürburgring-Schule und der Nahwärmeverbund mit der Hackschnitzel-Heizung der Stadt Bad Neuenahr-Ahrweiler, das neue Erweiterungsgebäude am Are-Gymnasium als zertifiziertes Passiv-

haus (Niedrigenergiehaus), die regenerative Luftwärmepumpe als Heizung in der Kreisverwaltung und die Erweiterung des Förderprogramms Ländlicher Raum um Erneuerbare Energien finden wir sehr loblich und selbstverständlich unterstützenswert.“ DIE LINKE Ahrweiler hofft, dass nun mit Hilfe des im Aufbau befindlichen Solar-dach-Katasters geprüft wird, auf welchen öffentlichen aber auch privaten Gebäude-dächern es Sinn macht, Solarthermie oder Photovoltaikanlagen zu installieren. Auch sind uns Großbiomasse-Heizkraftwerke deutlich sympathischer als zum Beispiel Kohlekraftwerke, die bekanntlich die größten Dreckschleudern Europas sind. Wolfgang Huste, Sprecher der Partei DIE LINKE Ahrweiler und Pressesprecher der Ökologischen Plattform Rheinland-Pfalz ergänzt: „Wir sind sehr optimistisch, dass wir mit einer breiten Unterstützung für eine dezentrale, erneuerbare Energieversorgung seitens der Bürgerinnen und Bürger rechnen können. Trotz aller politischen Differenzen sollten wir uns einig sein, das ehrgeizige Ziel - eine Eigenversorgung bei Strom, Wärme und Mobilität - so schnell wie möglich zugunsten aller Bürgerinnen und Bürger und der Umwelt, auch zugunsten einer allgemeinen Lebensqualität, zu realisieren.“

## **Grundsatzfragen**

### **Vom Markt gefressen werden**

#### **Rainer Trampert**

Die Marktwirtschaft ist ein schäbiges und widerspenstiges System, weil sie das Leben und die Erde ruiniert und sich zugleich als Rettungsdienst anbietet. Sie muss ständig expandieren, Kapital anhäufen, Märkte ausdehnen, sich Rohstoffe, Böden und fremden Mehrwert aneignen,

um Konkurrenzvorteile zu erzielen und die sinkende Profitrate auszugleichen; sie sorgt für Erderwärmung, Wirbelstürme und Überschwemmungen und nimmt dankend Anschlussaufträge entgegen. Die Marktwirtschaft wird Hollands neue Deichsysteme, schwimmende Städte und Schiffe für den Nahverkehr anbieten (in der Recycling-Version: 20 Prozent Preisaufschlag) und 200 Millionen Menschen in Bangladesch dem Meer überlassen. Sorry! Keine Aufträge und ohne Moos nichts los.

Nach dem Marktgesetz ist alles Unproduktive dem Untergang geweiht. Marx sprach vom Zwang zur Kapitalvernichtung, Schumpeter von der »schöpferischen Zerstörung«, das »Handelsblatt« stellt sachlich fest: »Der letzte Tag, an dem die Marktwirtschaft funktionierte, war der Tag, an dem Lehman pleite ging.«

Marktwirtschaft ist die Übertragung der darwinistischen Naturordnung »Fressen und Gefressenwerden« auf die menschliche Gesellschaft. Sie betreibt die permanente Selektion unter Staaten, Unternehmen und Individuen nach den Kriterien: »stark« und »schwach«. Unternehmen ruinieren Konkurrenten, starke Staaten plündern schwache, unten regelt der Arbeitsmarkt, welches Individuum einen Preis erzielt und welches auf Halde kommt. Der Sieger benötigt keine Moral, der Verlierer ist dem Spott ausgesetzt - oben als Niete in Nadelstreifen, unten als Sozialschmarotzer.

Dem Zwang zur Expansion gehorchend, antwortet das Marktsystem auf die Umweltschäden der einen Industriestufe mit dem Draufsatteln der nächsten. Die dritte (»grüne«) industrielle Revolution ist ein Reflex auf die verzehrende Schadensdynamik (die Katastrophenschäden waren im ersten Halbjahr 2011 fünfmal so hoch wie im Durchschnitt der letzten zehn Jahre), die Antwort besteht in der Industrialisierung der letzten Freiflächen. Meere, Berge, Wälder,

Äcker und Wüsten werden vollgepflastert mit industriellen Monokulturen, Stromtrassen, Solar- und Speicherfabriken, Windparks, die Unmengen von Beton und Energie verschlingen. Für Kabelstrecken, die Europa mit Wüstenstrom versorgen sollen, wird man in der halben Welt nach Kupfer baggern. Da kein Windrad, keine Photovoltaik, kein Hybrid-Antrieb, kein E-Mobil ohne seltene Erden auskommt und China Monopollieferant ist, werden Afrika, Osteuropa, Australien und Kanada umgegraben. Von der Umstellung auf »sanfte Energie« zu sprechen, ist ein plumper Werbetrick.

Kriege sind vorprogrammiert, zumal der »grüne« Industrieschub zusammenfällt mit der Nach-Industrialisierung der halben Menschheit: China, Indien, Brasilien, Indonesien, Türkei. Heute kommen in den USA auf 1000 Einwohner 860 Pkw, in China 19. Für die Angleichung der Verkehrsdichte wird man tausend Stoffe aus der Erde holen und den Anbau von »grünen« Treibstoff-Pflanzen forcieren, die überall auf der Welt Lebensmittel-Pflanzen verdrängen und für Hungerkatastrophen sorgen. Um klimabedingte Verwüstungen zu kompensieren, kaufen China, Indien, Saudi-Arabien und andere Staaten in Afrika fruchtbare Böden auf Vorrat - vollkommen marktgerecht. Beim nächsten Krieg um Wasser oder Wüstenstrom wird Claudia Roth, die Vorsitzende der Grünen, sagen, es gehe diesmal um die Rettung der Welt und den regelmäßigen Schulbesuch der Nomadenmädchen.

Die »ökologische« Marktwirtschaft ist genauso eine Lüge wie die »soziale« Marktwirtschaft. Alle sozialen Abfederungen mussten dem Marktdarwinismus in Streiks, Aufständen und Revolutionen abgerungen werden. Nur für die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall haben Metaller ein halbes Jahr gestreikt. Sobald die Kämpfe abflauen, holt das System sich zurück, was früher mühsam erkämpft wurde. Auch Umweltschutz muss dem System abgerungen

werden. Der Staat nimmt bisweilen Rücksicht auf soziale Kämpfe. Der Atomausstieg gehört nicht dazu. Nachdem der grüne »Ausstieg« noch Laufzeiten von 32 bis 40 Jahren garantierte, ohne rechtliche Verankerung, damit die nächsten acht Regierungen sie weiter verlängern könnten, bekam die CDU nach der Katastrophe in Japan Angst vor der Selbstzerstörung, außerdem erkannten die CDU und Siemens das Wachstumspotenzial der neuen Industrialisierung.

Eine sanfte Produktionsstruktur und solidarische Arbeits- und Lebensverhältnisse, die arme Länder entwickeln, statt sie zu berauben, ist nur als Bruch mit dem Marktdarwinismus denkbar, also nur in einer von Grund auf demokratisch (genauer: rätedemokratisch) verfassten Planwirtschaft mit Wahl- und Abwahlrecht.

### Die „Ver-rücktheit“ unserer Kultur und die LINKE

#### Friedrich W. Sixel

Wer wie ich über ‚Die „Ver-rücktheit“ unserer Kultur‘ schreiben will, ist allem Anschein nach mit einem mundtot machenden Dilemma konfrontiert. Auf den ersten Blick hört sich der Titel so an, als ob der Versuch unternommen werden sollte, sich an den eigenen Haaren aus einem Morast zu ziehen. Kann ein „Ver-rückter“, gleichgültig ob mit dem ungewöhnlichen Trennungszeichen geschrieben oder nicht, denn überhaupt seinen eigenen Zustand erkennen? Geschweige denn sich von ihm befreien!

Missverhältnisse zwischen Mensch und Natur – innerer wie äußerer – zu verspüren, haben wir Heutigen noch viel mehr Grund als unsere Vorfahren, inklusive Karl Marx. Er sprach schon – nicht immer, aber hier und da und in grundlegender Weise – vom

Menschen als der „Anderen Natur“, die aber selbst noch *in ihrem Anderssein*, in ihrer Geistigkeit, Teil der Natur bleibt (12). In diesem Sinne ist Natur für Marx das einigende Band zwischen Natur, Mensch und Mitmensch. Wenn wir aber heute allen Grund haben, dieses einigende Band, wenn auch in seiner Verdrehung, *leidvoll* zu spüren (Klimawandel, Ressourcenknappheit, Abwärme etc. bis hin zu Prekarisierung und Hungertod von Millionen von Menschen) und trotzdem weiter so verfahren, als sei alles in Ordnung, dann erheben sich zwei Fragen: einerseits, warum uns das nicht bis ins Gebein hinein beunruhigt, und andererseits, ob wir nicht einer Immunisierung erliegen, die dahin geführt hat, dass wir z. B. das Reden von „Umwelt“-schutz, -schäden, -ministerien etc. hinnehmen und nicht als täuschendes Geschwätz erkennen. Könnte es nicht geradezu der Zweck solcher Geredes sein, den Irrsinn zu „kultivieren“, der Mensch sei nicht selbst Natur?

Wer diesen grundlegenden Irrsinn unseres Erkennens und Denkens nicht nur theoretisch einsieht, sondern ihn vor allem *leid* ist und auf der Grundlage dieses *körperlich empfundenen Leids* sein Leben neu gestalten bzw. umgestalten *will*, bedarf nicht mehr primär des philosophischen oder gar kritischen Theoretisierens. Er weiß auf neue Weise, dass es nicht darauf ankommt, die Welt zu interpretieren, sondern sie verändern zu *wollen*.

Die „Ver-rücktheit“ des jetzt dominierenden Erkennens durchdringt selbstverständlich nicht nur ein paar Begriffsbildungen, sondern hat längst zu Metastasen im gesamten Körper unserer Kultur geführt. Wer sich z. B. den Medien aussetzt und damit den „ver-rückten“ Äußerungen unserer „Eliten“, läuft Gefahr, vor lauter Widersprüchlichkeiten den gesunden Menschenverstand zu verlieren. Man bedenke nur ein zentrales Beispiel: Einerseits soll die „Umwelt“

geschützt, andererseits soll das Wirtschaftswachstum gesteigert werden. Wehe dem Politiker, der diesen irrsinnigen Widerspruch nicht mitträgt und gar ins Land hinaus posaunt! Seine Wiederwahl kann er getrost vergessen; er wird weder von seiner Partei noch einmal als Kandidat aufgestellt, noch vom Wähler gewählt werden.

Dies ist schon genug als Zeichen dafür, dass der dominierende Globalkapitalismus längst den Wähler, sei er Arbeiter oder Boss, über das Hirn hinaus bis in Mark und Bein durchdrungen hat und damit den alten Klassenkampf „aufgehoben“, jedoch keineswegs abgeschafft hat. Dummes Geschwätz kann ja nicht nur „verkauft“ werden, es findet auch begierige „Käufer“. Nicht nur im geographischen Sinne des Wortes ist also der herrschende Kapitalismus „global“ geworden. Gegen ihn bloß mit der guten alten Vernunft anzugehen, ist zwecklos. Deswegen ist es heutzutage nur Zeichen falschen Bewusstseins, weiterhin den einstmals vielleicht vernünftigen Versuch zu machen, den Menschen mit Worten zu kommen. Was haben denn die unzähligen Verlautbarungen zum „Umwelt“-schutz – oder auf höherem Niveau – zur „Ökologischen Krise“ bisher erbracht? Mit solchen kritischen Übungen wird man heute allenfalls zum Vertreter in Sachen Moral und hat dann bestenfalls die Chance, sich als Moralunternehmer Anerkennung zu verschaffen, bleibt aber dann Mitspieler im globalkapitalistischen Zirkus.

Wenn diese Überlegungen nicht grundverkehrt sind – wenig spricht dafür, dann besagen sie, dass ein Durchbruch in eine gangbare Zukunft nur dort und mit denjenigen Menschen gefunden werden kann, die den *Hunger* danach verspüren, endlich mit sich und der Welt ins Reine zu kommen. Nochmal sei es gesagt: Die Welt bloß als „ver-rückt“ zu interpretieren nutzt nichts; es gilt sie verändern zu *wollen*. Keiner sage aber, Menschen dieses Willens gäbe es

nicht! Trotz widriger Verhältnisse sind Beispiele hierfür publik geworden. Aber – und das sei schon jetzt hervorgehoben – dies sind immer vereinzelt und isoliert bleibende Fälle gewesen. Dementsprechend hatten sie keinen verändernden Einfluss über ihren eigenen Horizont hinaus. Von ihnen jetzt eine nur kleine Auswahl!

Frisch werden vielen Menschen noch die Ereignisse in Erinnerung sein, die sich mit dem Schlagwort „Stuttgart 21“ verbinden. Trotz ihrer wie üblich verzerrten Darstellung in den System-konformen Medien kam es für eine breite Öffentlichkeit ans Tageslicht, dass die Kapital und Macht besitzende Elite ihre Interessen auch dann durchzusetzen versucht, wenn dies gegen „Umwelt“ und Mitmenschen geht. Und dies unter Anwendung rohester Gewalt! Auf den Nenner gebracht: es stört die „ver-rückten“ Eliten nicht, den Einigkeit stiftenden Bezug Natur – Mensch – Mitmensch brutal durcheinander zu bringen, wenn es ihren Partikularinteressen dient. Das geschah in Stuttgart im Namen von „freiem Unternehmertum in einer freiheitlichen Demokratie“, was von den dort Protestierenden aber nur als Hohn empfunden werden konnte. Gleichzeitig machten die Demonstranten aber auch eine lebensbereichernde Erfahrung: über Alters- und Einkommensstufen hinweg versorgte der eine den anderen Teil der Demonstranten, die ja monatelang „im Einsatz“ waren, mit Speis und Trank, erster Hilfe und anderen Notwendigkeiten. *Sinnlich* wurde so von Tausenden von Menschen erlebt, was es heißt *zusammen* ein Volk zu sein und nicht eine Agglomeration Vereinzelter.

Zu unterstreichen ist, dass der Verlauf der Demonstrationen die Menschen buchstäblich am eigenen Leib erfahren ließ, dass der Klassenkampf, wie er im traditionellen Kapitalismus herrschte, nicht zu Ende, sondern bloß „aufgehoben“ ist. Diese Erfahrung wurde in zwei Schritten gemacht. Zunächst



mussten die Menschen, die für den Erhalt eines zumindest erträglichen Stadtareals waren, feststellen, dass sachgemäßes miteinander-Reden zwischen ihnen und den Kapital- und Machthaltern an den partikular bleibenden Interessen der letzteren scheiterte. Wussten diese doch zunächst mit allen möglichen Interpretationen ihres Vorhabens dessen großen Allgemeinnutzen zu „verkaufen“. Als das Volk darauf nicht mehr hereinfließ, wurde von den Bauherren rohe Gewalt „wie in alten Zeiten“ eingesetzt, genau so wie es sich im traditionellen Klassenkampf gehörte. Zum anderen wurde vielen Menschen dabei klar, dass ihr Glaube an die Mär von „freiheitlicher Demokratie“ nur ein zusätzlicher Betrug an Menschen ist. Sie sahen, dass sie mit ihrem Glauben an diese Mär des klaren Blickes beraubt waren. Mehr als je zuvor erhält der Kapitalismus sich heute durch das Stehlen des Denkvermögens, also des geistigen Kapitals (13). Nicht Ideologiekritik oder sonstiges Philosophieren bescherte ihnen diese Erkenntnis, sondern Wasserwerfer und Gummiknüppel.

Auf die Frage, ob diese Erkenntnis den Menschen in politisch wirksamer Weise haften blieb, ja haften bleiben konnte, gibt es als Antwort nur ein klares Nein. Der Grund dafür ist ein doppelter, in jedem Aspekt aber sachlich-konkret fassbar: Einerseits wurde durch einen regierungsamtlichen Vermittler in der Auseinandersetzung zwischen Volk und Machthabern, aber auch durch die Etablierung von langatmig vorgehenden Sachverständigenkommissionen und schließlich durch das Berichten über diese Schlichtungsversuche in den Medien der Widerstand des Volkes eingeschläfert. Der Sinn für das Zusammengehören legte sich zur Ruh. Andererseits blieb der Fall „Stuttgart 21“ trotz, oder besser: wegen der „offenen Berichterstattung“ darüber, isoliert. Nachrichten in Wort und Bild sind eben keine sinnlichen Erlebnisse für Konsumenten von

Medienberichten. Für sie blieb „Stuttgart 21“ ein „Event“ neben vielen anderen. Eine wirklich konkrete soziale Vernetzung mit Menschen, die Ähnliches an anderen Orten oder zu anderen Zeiten erlebt hatten, fand nicht statt. So wurde in der Sache „Stuttgart 21“ ein Durchbruch in eine gangbare Zukunft von denen, die mit dem Erhalt des Status quo ihren Gewinn machen, erfolgreich vereitelt.

Bei einer Betrachtung von „Stuttgart 21“ darf auch nicht übersehen werden, dass diese Aktionen von politischen Parteien und ihren Ideologien weder eingeleitet noch angeführt worden sind. Sie gingen von niemandem anderen aus als vom Volk. Dies ist aus zwei Gründen festzuhalten:

1. Wie in allen anderen hier noch zu analysierenden Fällen waren Politiker allenfalls Teilnehmer, gewissermaßen im zweiten oder dritten Glied, ansonsten aber haben sie entweder Abstand gehalten oder gar Ablehnung geäußert. Deswegen aber muss
2. gefragt werden, ob Parteien noch eine Aufgabe haben bei Versuchen, den herrschenden Globalkapitalismus zu überwinden. In dem Zusammenhang gilt zu klären, ob selbst die Politiker, die ebenfalls aus der heutigen Situation eine Zukunft eröffnen wollen, nicht erst noch ihre Rolle gegenüber denjenigen Menschen finden müssen, die sich ihrerseits um einen Weg in die Zukunft bemühen.

Das Beispiel eines Wandlungsversuchs der bestehenden Verhältnisse zeigt, dass dort, wo die „Ver-rücktheit“ unseres Lebens tief genug, also leiblich erfahren wird, auch der Wille entspringt, diese „Ver-rücktheit“ zu überwinden. Dieser Wille ist von solch grundlegender Qualität, dass er wie der Globalkapitalismus auch global ausgreift. Er kann nicht anders, als auf den Wandel von Kultur und Gesellschaft in ihrer Gesamtheit zu zielen, also auf die „Polis“. Menschen dieses Willens bedürfen aber, wie wir



sahen, der Bündnispartner. In der Vereinzelung ist da im Wortsinne nichts zu machen. Damit kommt die Frage auf, wo Menschen dieses Willens in der real existierenden politischen Landschaft zu finden sind. Es scheint, dass dies in Deutschland allenfalls in der Partei DIE LINKE möglich sein wird. Ihre Publikationen, vor allem die ihrer „Ökologischen Plattform“, zeigen zwar nicht immer, aber oft an, dass es ihr nicht bloß um „Umwelt“-schutz als einem unter vielen anderen Problemen geht, sondern dass es ihr um das allem anderen zugrunde liegende Problem des naturgemäßen Lebens zu tun ist. Die Zurechtrückung des, wenn man so will, dialektischen Verhältnisses zwischen Natur und Mensch, ist ihr *das* Anliegen.

Wer dies versteht, der weiß auch, dass ein „Fahrplan“ für richtige Politik, im Voraus aufgestellt, nur wieder die Gewissheit vom Vorrang der Natur zunichte macht. Papiere Festschreibung des Vorranges der Natur, etwa in einem Parteiprogramm, würde nur wieder den Vorrang der Natur verneinen. So ließe sich die Flexibilität modernen Denkens, hinter die ja niemand zurück kann, bestimmt nicht „aufheben“. Es muss darüber hinaus die Frage aufgeworfen werden, ob Politik überhaupt noch in den alten Formen der bürgerlich-kapitalistischen Demokratie mit Parteien, Parlamenten, Parteiprogrammen etc. gangbar ist. Zuvor aber muss ausprobiert werden, ob DIE LINKE als eine, zumindest in einigen ihrer Teilgliederungen, fortschrittliche Kraft, in dieser Hinsicht eine Zukunft eröffnende Rolle spielen kann. Deswegen geht es vor allem darum, ob DIE LINKE Glaubwürdigkeit hat oder gewinnt als eine Vereinigung solcher Menschen, die wie die zukunftsorientierten Menschen in den oben geschilderten Fällen, frei von jedem Dogma auf der Höhe der Zeit ist. Der Weg zu diesem Ziel soll hier keinesfalls festgeschrieben, höchstens als Vorschlag skizziert werden.

Glaubwürdiger linker Politik muss indes klar sein, was sie zum jetzigen Zeitpunkt bestimmt *nicht wollen* kann, nämlich sich an *der* Macht beteiligen, die den Status quo zu erhalten sucht. Eine Beteiligung an so eingestellten Regierungskoalitionen, gleichgültig ob im Bund, in Ländern oder Städten, ist heute fraglos nicht akzeptabel. Positiv gewendet heißt das in Anbetracht der oben skizzierten Fälle von Kapitaldiktatur, dass eine Regierungsbeteiligung der LINKEN nur mit solchen Partnern möglich ist, die sich für die sofortige Herstellung von Demokratie in der Wirtschaft einsetzen. Das muss, wie oben bemerkt, nicht bedeuten, dass Firmen in Staatseigentum überführt werden, aber Arbeit und Kapital müssen im Namen einer gangbaren Zukunft das gleiche „Sagen“ haben. Einzelheiten hierzu müssen wegen der Unterschiedlichkeit lokaler Gegebenheiten den Beteiligten überlassen werden.

Glaubwürdigkeit bei zukunftsorientierten Menschen verlangt aber auch, dass DIE LINKE ihre Parlamentsarbeit neu bedenkt. Es ist publiziertes Wissen (18), dass die Verfilzung von Politik und Wirtschaft zu einer systemisch zu nennenden Korruptheit der Parlamente und Parteien geführt hat. Diese Korruptheit gehört nicht nur zu den „Machenschaften der Macht“ (Arnim), sondern wird - nicht immer aber meist - auch vom Volk hingenommen, „gekauft“. Diese Art von Geschlossenheit des herrschenden Systems hat die Parlamente zu Trutzbürgen des Globalkapitalismus gemacht. Abgeordnete bekennen, wenn auch nur vereinzelt öffentlich (19), dass sie nur noch zum „Abnicken“ von Gesetzesvorlagen benötigt werden. Damit haben die Machthaber ihre Reihen fest geschlossen und das Parlament zu einer Quasselbude degradiert. Mitarbeit in einer solchen Art von Parlament erzwingt fast den Verdacht, dessen Unglaubwürdigkeit zu teilen. Dort und unter den dort vertretenen Parteien Verbündete

zu suchen, kann Menschen, die außerhalb von Parlamenten und Regierungen den Status quo unserer Gesellschaft, also ihre „Ver-rücktheit“, überwinden wollen, kaum in den Sinn kommen. Deshalb wären auch Parlamentarier der LINKEN derzeit nicht frei von dem Verdacht, dass es ihnen bei eventueller Beteiligung an fortschrittlichen Aktionen nur darum ginge, dort vor allem Stimmen zu fangen, um wiedergewählt zu werden. DIE LINKE muss sich deswegen überlegen, nicht unbedingt *ob* sie in Parlamenten mitarbeiten will, sondern *wie* sie dies mit Glaubwürdigkeit tun kann. Ja, sie muss sich entscheiden, ob sie den Schwerpunkt ihrer politischen Arbeit nicht woanders platzieren sollte als in den Parlamenten.

Wie hier mehr als einmal betont, können Form und Richtung zukunftsweisender Bemühungen nicht am Schreibtisch ausgedacht werden. Schon gar nicht sind die ästhetisch-künstlerischen Manifestationen eines neu entstehenden gesellschaftlichen Lebens vorhersagbar. Hier und da kündigen sie sich schon in neuen Demonstrationsformen, in Graffiti und auch Liedern an. Aber eines scheint trotzdem schon jetzt zu gelten: Sich bloß für den „Umwelt“-schutz mit moralisierender Rede einzusetzen fördert allenfalls die Karriere im dann weiterhin dominanten „ver-rückten“ System. Wer kann das schon *wollen* ?

*(In der Tarantel konnten wir aus Platzgründen nur eine gekürzte Fassung abdrucken. Deshalb haben wir den vollständigen Artikel einschließlich Literaturverzeichnis eingestellt unter: <http://www.oekologische-plattform.de/?s=ver-rückt>)*

## Die Produktionsfaktoren und ihre Erscheinungsformen als Gebrauchswert und Wert in Wirtschaft und Gesellschaft

Werner Schneider

Als Produktionsfaktoren im Wirtschaftsprozess gelten **erstens** die Arbeitskraft des Menschen, **zweitens** das Kapital, worüber noch zu diskutieren sein wird, sowie **drittens** der Boden oder im weiteren Sinne die Natur.

Im Folgenden werden diese Faktoren der Produktion näher beschrieben und ihre Stellung im Produktions- und Wertbildungsprozess erörtert.

1. In der Marktwirtschaft ist die **Arbeitskraft**, wie vieles andere auch, eine **Ware**. Sie hat wie jede Ware einen Gebrauchswert und einen Tauschwert. In diesem Doppelcharakter liegt das Geheimnis des Ursprungs von Mehrwert bzw. Profit. ...

Alle Produktion ist Aneignung der Natur durch den Menschen innerhalb und vermittelt einer bestimmten Gesellschaftsform (MARX). Diese Aneignung geschieht durch nichts anderes als die menschliche Arbeit, die die Stoffe und Kräfte der Natur zu neuen Gebrauchswerten umwandelt. Die Produktionsmittel, die der Arbeiter für die Gewinnung und Verarbeitung von Rohstoffen einsetzt, sind als vergegenständlichte Arbeit ebenfalls das Produkt konkreter menschlicher Arbeit, die in vorangegangenen Produktionsperioden geleistet wurde.

Immer ist es aber der Mensch, der die benötigte Technik entwickelt und vervollkommnet. Er setzt diese Technik in Gang, überwacht und kontrolliert sie. Auch automatische Produktionslinien müssen durch geschultes Personal gesteuert werden, und Wartungstechniker halten sie am Laufen. ...

2. Das Kapital, soweit man es auf die finanziellen Ressourcen bezieht, ist kein eigentlicher Produktionsfaktor, obwohl in der Allgemeinen (bürgerlichen) Wirtschaftslehre kein Unterschied zwischen den sachlichen, insbesondere anlagentechnischen Voraussetzungen und den finanziellen Voraussetzungen der Produktion gemacht wird. Die Erfahrungen in der Zeit sozialistischer Produktionsverhältnisse besagen, dass die Verfügbarkeit finanzieller Ressourcen noch nicht die Gewähr gab für die planmäßige Durchführung von Investitionsvorhaben. Insoweit wird den sachlichen Bedingungen, insbesondere der Entwicklung und Bereitstellung modernster Technik, in volkswirtschaftlicher Sicht der Vorrang bei der Definition der Produktionsfaktoren eingeräumt. ...

Das Kapital, insbesondere das vagabundierende, global agierende Kapital und ihre Repräsentanten, die Finanzinvestoren, ist mit dem schönen Vergleich vom „scheuen Reh“, das Unsicherheit, Tumult und Aufruhr flieht, nicht mehr identisch. Wer sein eigenes Kapital (das sogenannte Eigenkapital) wirtschaftlich einsetzt oder wer sein Kapital an andere zur Verwertung ausleiht, der beansprucht für sich eine „angemessene“ Kapitalverzinsung.

Diese Rendite wird kalkulatorisch bzw. nach den zu entrichtenden Schuldzinsen in die Kostenrechnung und in die Preiskalkulation einbezogen. Kalkulatorischer Zins und Schuldzinsen sind marktwirtschaftlich konstituierende preisbestimmende Kostenelemente. Vom Standpunkt der Mehrwertproduktion stellen sie jedoch einen Abzug vom erzeugten Mehrwert dar.

Heute wird von den Unternehmern und Bankmanagern prononciert verkündet, dass diese Zielmarke keineswegs genügt. Die Verwertungsbedingungen des Kapitals müssten bessere werden. Daher ist wie eh und je die Maximierung der Gewinne das

erklärte Unternehmungsziel. Und so geraten der Mensch zugleich auch als Produzent und unsere natürliche Umwelt durch das ungebremte Profitstreben des Großkapitals heftig unter Druck.

Wird die Ökonomie von dem Unternehmungsziel der Gewinnmaximierung beherrscht, ist die optimale Verwirklichung von Maßnahmen des Umweltschutzes unmöglich. Unter diesen Bedingungen bestehen antagonistische Gegensätze zwischen den betriebswirtschaftlichen Ambitionen und den ökologischen Erfordernissen. Eine Versöhnung der Ökonomie mit der Ökologie erscheint unmöglich.

Diese Bewertung der den beiden Bereichen eigenen Schnittmengen bedeutet nicht, dass keinerlei Übereinstimmung zwischen Ökonomie und Ökologie unter bestimmten Voraussetzungen herstellbar ist. In den technologischen Prozess integrierter Umweltschutz statt nachgeschalteter Umweltschutztechnik, geschlossene Kreisläufe von Stoffeinsatz und Stoffumsetzung sowie die wirtschaftliche Verwertung von Abfällen und Rückständen der Produktion und im kommunalen Bereich sind geeignete und erfolgreiche Wege, Kosten flach zu halten, Einsparungen zu erzielen sowie Verwertungserlöse und Gewinn aus der Wertstoffrückgewinnung und Nutzung der Graticräfte der Natur zu realisieren. Mit der Rückhaltung von Schadstoffen und der Entsorgung von Abprodukten werden gleichzeitig Schädwirkungen für die Volksgesundheit, volkswirtschaftliche und landeskulturelle Schäden verhindert bzw. ihnen vorgebeugt. Eine solche Übereinstimmung und ein solches ökologisch-ökonomisches Gleichgewicht können aber nur zustande kommen, wenn das Monopol- und das Finanzkapital auf maximale Rendite und Gewinnmaximierung verzichten. Ganz abgesehen davon, alle Schädwirkungen wertmäßig darzustellen.

Die Schlupflöcher, verbunden mit Anstrengungen zur Kostenvermeidung und Abwälzung der Kosten auf andere, die Unterlieger und Mitbewerber und die ganze Gemeinschaft, werden zur Stabilisierung der eigenen Lage und zur Verbesserung der Profitabilität ausgenutzt. In der kapitalistischen Wirtschaft sind der betriebswirtschaftliche Nutzen und der volkswirtschaftliche Nutzen zwei ganz verschiedene Phänomene und nicht zwei Seiten einer Sache. Private Unternehmen handeln **stets marktkonform**, wenn sie ihre Stellung am Markt behaupten und ausbauen und ihre Gewinne maximieren. Die externen Folgen ihrer Wirtschaftstätigkeit stehen nicht im Fokus des Managements.

Und die vom Staat entwickelten ökonomischen Instrumente können objektiv die Gegensätze und einander ausschließenden Interessenlagen nicht beseitigen. Die verblüffenden Ergebnisse und erstaunlichen Erkenntnisse mit dem Emissionshandel, bei dem man mit dem Verkauf der Zertifikate ordentlich Geld verdienen konnte, sind für Fehlallokationen charakteristisch.

Daher ist die **Eigentumsfrage**, wem das Kapital und die es verkörpernden Produktionsmittel gehören, von ganz essentieller Bedeutung. Befinden sich diese Produktionsmittel in der öffentlichen Hand, so hat der Staat in Wahrnehmung seiner Eigentümerfunktion eine große Verantwortung für die richtige Nutzung und Verwendung dieses Eigentums. Er muss dieser Verantwortung gegenüber dem betrieblichen Management zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Beschäftigten konsequent nachkommen.

Die Unternehmensführung wiederum von Betrieben der öffentlichen Hand ist nicht an die Gewinnmaximierung gebunden. Die betriebswirtschaftlichen Ziele können daher konstruktiv mit den gesamtwirtschaftlichen Aufgaben koordiniert verwirklicht werden.

Einem antagonistischen Gegensatz zwischen betriebswirtschaftlichem Nutzen und volkswirtschaftlichem Nutzen ist wegen des gesamtgesellschaftlichen Eigentums die Basis entzogen.

**3. Der Boden** als der Standort jeder Produktion und in der Land- und Forstwirtschaft das Hauptproduktionsmittel übt mit seinen Ausmaßen einen fundamentalen Einfluss auf den Produktions- und Wertbildungsprozess aus. Bodenfruchtbarkeit und Lage der Standorte sind maßgebend für die wirtschaftliche Entwicklung einer Region und für die Erwirtschaftung von Mehrwert....

Für alle Transaktionen im Kapitalismus gibt es im Prinzip für die Abwicklung von Geschäften nur die bare Zahlung, das Geld.

Nur bei den sogenannten freien Gütern in unserer Biosphäre, die niemandes Eigentum sind und für die bis heute keine Eigentumstitel erfunden wurden, gibt es keinen Wertausdruck, keine Rente und keinen Profitsanspruch irgendwelcher Leute. Diese Gratismedien und Gratiskräfte der Natur wie die atmosphärische Luft und die Windströmung, das im natürlichen Kreislauf befindliche Wasser – in Gang gehalten durch die Sonnenenergie –, die Weltmeere mit ihren maritimen Ressourcen und die Meeresströmung, die Pflanzen und wild lebenden Tiere in der Natur und schließlich die Wohlfahrtswirkungen von natürlichen Milieus wie die landeskulturellen Wirkungen der Wälder und der Gewässerlandschaften sind für das Leben und das Wohlbefinden der Menschen und die Erhaltung des ökologischen Gleichgewichts von hohem ideellen und wirtschaftlichen Wert.

Dennoch bleiben diese freien Güter nicht von der modernen Produktion und der Wirtschaftsweise der Menschen unberührt. Die Belastung dieser Medien und Gratiskräfte der Natur mit Umweltgiften und Schadstoffen aller Art sowie der Raubbau an ihren Ressourcen beeinträchtigen ganz erheblich

ihre Qualität und Funktionstüchtigkeit. Der globale Klimawandel ist dafür ein warnendes Signal!

### **Emissionshandel versus Klimawandel?**

Nun gibt es Aktivitäten der Staaten, in denen die Vorstellung herrscht, dass die Gesetze des Eigentums und der Marktwirtschaft dem Schutz der Umwelt dienstbar sein könnten. Es ist der Versuch, die freien Güter in den Wirtschaftskreislauf einzubinden. Das bedeutet unweigerlich die Orientierung an ökonomischen Größen und Zielvorgaben, deren Effekt für den Umweltschutz nicht sicher ist. Die freien Güter werden dann den Wertformen der kapitalistischen Produktionsweise unterworfen. Und da man die freien Güter nicht festhalten und in Besitz nehmen kann, so will man sich doch durch Erwerb von Nutzungsrechten eine privilegierte Nutzung unter Ausschluss anderer Produzenten verschaffen.

Ein solcher Weg wird auf dem Gebiet des Klimaschutzes beschritten, indem ein Emissionshandel mit staatlichen Zertifikaten für den höchstzulässigen Ausstoß des für die Atmosphäre schädlichen Treibhausgases Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>) eingerichtet wurde mit dem Ziel, die Kohlendioxidbelastung global zu begrenzen. Unternehmen bekommen die Möglichkeit, Nutzungsrechte für eine zusätzliche Inanspruchnahme der Atmosphäre mit CO<sub>2</sub> von anderen Unternehmen zu kaufen, die in der Reduktion des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes größere Erfolge erreicht haben und ihre Zertifikate nicht alle benötigen. Mit einem solchen kommerziellen Austausch von Nutzungsrechten wird die Erwartung auf eine Minimierung der Emission dieses Treibhausgases verbunden.

Abgesehen davon, dass es fragwürdig ist, ein staatliches Instrument einzuführen, das auf dem Freikauf von Umweltschutzpflichten beruht – man wird unwillkürlich an den von der katholischen Kirche gebilligten

Ablasshandel zum Ausgang des Mittelalters erinnert, so ist dieses System auch recht bürokratisch und verwaltungstechnisch aufwendig. Bei voller Ausgestaltung des Emissionshandels müssen die Zertifikate sowohl in der zuerkannten festgesetzten Emissionsmenge als auch in ihrem Preis pro Einheit und im Wertausdruck insgesamt bestimmt werden. Nach welchen Maßstäben wird eine wissenschaftlich-technisch und ökonomisch begründete Verteilung der Abgaslasten auf die einzelnen Betriebe vorgenommen, die weder eine Über- noch eine Unterforderung bewirken?

Außerdem konnten auch die Kosten für CO<sub>2</sub>-Beseitigungsverfahren oder für CO<sub>2</sub>-relevante Stromsubstitutionen und einschlägige Rationalisierungsmaßnahmen aussagekräftig ermittelt werden? Wurden nämlich die Kosten zu niedrig berechnet, verlieren sie im Preis des Zertifikats jede Wirkung und jeden Anreiz, Maßnahmen, geschweige denn zusätzliche Aktivitäten zur Abgasreduktion durchzuführen, weil die dann anfallenden Kosten im Unternehmen steigen würden.

Angesichts dieser Schwierigkeiten und bei diesen zu erfüllenden Voraussetzungen entstehen starke Zweifel an dem Sinn der Ökonomisierung und Anwendung marktkonformer Instrumente bei den freien Gütern.

Eine Wirkung allerdings hatten die Zertifikate schon, als bereits in ihrem Vorbereitungsstadium des neuen Systems die Kosten der Zertifikate nach dem Prinzip des vorsichtigen Kaufmanns in die Preiskalkulationen der großen Stromkonzerne einbezogen wurden. Die Verbraucher werden also wie stets zur Kasse gebeten, und die Anbieter machen dabei noch einen Surplus-Profit.

Die nicht vorhandenen objektiven juristischen Voraussetzungen, solche freien Güter in Besitz zu nehmen, weil man sie nicht festhalten und einzäunen kann, haben

für den umweltbewussten Bürger durchaus etwas Beruhigendes. Das gibt Hoffnung insofern, als die natürlichen und gesellschaftlichen Merkmale der freien Güter doch einmal für weitere Reichtümer und Ressourcen der Natur zum Vorbild genommen werden und sinngemäß zur Anwendung kommen. Eine solche gesellschaftliche Anstrengung wäre ein wirklicher Beitrag für die Freiheit und für eine freiheitliche Grundordnung in diesem Land.

Denn die Erde gehört uns allen, sie ist nicht von Natur her nur privatem Eigentum vorbehalten. Die Pflicht des Menschen besteht darin, unsere Erde in einem guten Zustand zu erhalten, um sie den uns nachfolgenden Generationen in diesem guten Zustand überlassen zu können.

### **Eine stagnierende Ökonomie ist eine gute Ökonomie? Eine schrumpfende wäre eine bessere.**

**Saral Sakar**

Neulich las ich ein paar interessante Zeitungsartikel über die wirtschaftliche Lage in Japan. Wie meine Leser wohl wissen, gilt Japan in Ökonomenkreisen als der gefallene Riese. Die neunziger Jahre und die danach galten als die "verlorenen Jahrzehnte", Jahre der Stagnation. Auch die heutige Lage ist düster: die Staatsverschuldung beträgt 220 Prozent des BIP. Trotz Zinssätzen von unter einem Prozent braucht der Staat ein Viertel seiner Einnahmen für den Schuldendienst. Es gibt wenig Hoffnung, dass das Land die Misere durch Wirtschaftswachstum überwinden könnte. Seine Bevölkerung schrumpft und altert. Sie wird künftig weniger konsumieren usw. Nach Erdbeben, Tsunami und Fukushima ist die Lage noch schlimmer geworden.

2011, zum ersten Mal in 30 Jahren, verzeichnete das Land eine negative Handelsbilanz. Ein CNN-Kommentator beschrieb Japan als "ein sehr demoralisiertes Land", es sei wirklich zurück geworfen worden.

Einer der Artikel (New York Times in SZ, 23.1.12) aber widerspricht dieser Lagebeschreibung. Der Autor Eamonn Fingleton nennt sie "einen Mythos". Er behauptet, in vieler Hinsicht habe die japanische Wirtschaft in den so genannten verlorenen Jahrzehnten sehr gut abgeschnitten, in einiger Hinsicht sogar besser als die USA und Westeuropa.

Fingleton argumentiert unkonventionell. Als Beleg für seine Behauptung verweist er auf einige Errungenschaften, die wenig zu tun haben mit den gewöhnlichen Wirtschaftsindikatoren. Obwohl das BIP pro Kopf in den Jahren seit 1989 durchschnittlich nur um ein Prozent wuchs, und obwohl weder die Immobilienpreise noch die Aktienkurse zur gleichen Höhe zurückkehrten wie in den Jahren vor dem Crash von 1990, konnte Japan seinen Bürgern, so behauptet Fingleton, einen immer besseren Lebensstil bescheren. Als Errungenschaften nennt er zwar ein paar belanglose Sachen wie die Anzahl von neu gebauten Hochhäusern, die Anzahl von Städten mit schnellstem Internetdienst, den steigenden Wechselkurs des Yen, und den Leistungsbilanzüberschuss. Aber als Errungenschaft nennt er auch die Tatsache, dass zwischen 1989 und 2009 die Lebenserwartung von 78,8 auf 83 Jahre gestiegen ist, was auf bessere Gesundheitsfürsorge zurückzuführen ist. Aber der stärkste Beleg für die Überlegenheit der japanischen Wirtschaft gegenüber denen anderer Industrieländer ist die sehr niedrige Arbeitslosenquote von 4,2 Prozent.

Ich halte die Betonung dieser zwei qualitativen Aspekte der Wirtschaftsentwicklung für einen Lichtblick in der Publizistik. Hinter

dem scheinbaren Paradox von einer sehr niedrigen Arbeitslosenquote in einer stagnierenden Wirtschaft liegt eine soziale Errungenschaft. Aus institutionellen/kulturellen Gründen ist es in der japanischen Wirtschaft nicht so leicht bzw. nicht üblich, Beschäftigte bei Rückgang in Produktion oder Umsatz sofort zu entlassen. Es gibt da die Tradition der lebenslangen Beschäftigung bei derselben Firma. Bei großen Konzernen gilt diese Tradition vielleicht nicht mehr oder nur begrenzt. Aber die Arbeitslosenquote zeigt, dass sie noch immer gilt.

Nach Lektüre dieser positiven Bewertung der Lage in Japan könnten sich Menschen mit der Idee einer Postwachstumsökonomie anfreunden. Man könnte denken, so schlecht kann es also nicht sein, wenn die Wirtschaft nicht mehr wächst. Aber nicht so schnell! Wir dürfen nicht vergessen, dass Japan und auch Deutschland, wo zurzeit sehr viel über ein Szenario jenseits des Wachstums geredet wird (besonders in Attac-Kreisen), schon eine sehr hohe Stufe der wirtschaftlichen Entwicklung erreicht haben. In unterentwickelten Ländern, selbst in Schwellenländern wie Indien und China, kann man nicht so einfach eine positive Einstellung zu einem wachstumslosen Wirtschaften einnehmen, zumal in solchen Ländern die Bevölkerungszahl stetig steigt und in manchen solcher Länder etwa 50 Prozent der Bürger unter 30 Jahre alt sind.

Die wirtschaftliche Stagnation in Japan ist nicht gewollt, genau wie die Stagnation im größeren Teil Europas nicht gewollt ist. Aber auch wenn sie nicht gewollt ist, sollten wir sie aus ökologischen und Ressourcen-Gründen begrüßen. Jedoch Stagnation auf hohem Niveau macht noch keine steady-state-Ökonomie aus. Dazu gehört ein starkes Zurückfahren des Ressourcenverbrauchs und ein gewollter Rückgang der Bevölkerungszahl.

Werden die Protagonisten einer Postwachstumsökonomie in Europa (besonders Attac-Aktivisten) unmissverständlich für eine Wirtschaftsschrumpfung plädieren? Und werden die Umweltaktivisten in den Dritte-Welt-Ländern für eine Schrumpfung ihrer Bevölkerungszahl eintreten? Das wären zwei gute Anfangsbeiträge zur Transformation der gegenwärtigen Weltwirtschaft zu einer steady-state-Weltwirtschaft.

Mit einer steady-state-Wirtschaft muss die Gesellschaft nicht zu einer langweiligen, regressiven Gesellschaft werden. Dazu zwei Zitate:

Schon 1931 schrieb Keynes, dass er "... tief davon überzeugt ist, dass das ökonomische Problem ... eine schreckliche Verwirrung ist. ... Die westliche Welt [hat] schon die Ressourcen und Technologien, die ... in der Lage sind, das ökonomische Problem ... zu einem Stellenwert sekundärer Wichtigkeit zu reduzieren." Er hoffte, dass "... die Arena des Herzens und des Kopfes von unseren wirklichen Problemen besetzt, oder wieder besetzt, werden wird – von den Problemen des Lebens und der Verhältnisse der Menschen untereinander, der Schöpfung, des Verhaltens und der Religion." Man soll hier merken, was Keynes für die wirklichen Probleme der Menschheit hielt. Wirtschaftswachstum gehörte nicht zu ihnen.

Noch viel früher, im Jahre 1857, schrieb John Stuart Mill, dass "... ein Zustand konstanten Kapitals und gleich bleibender Bevölkerungszahl nicht mit einem stillstehenden Zustand menschlicher Erfindergabe gleichzusetzen ist. Es gäbe eben soviel Spielraum für alle Arten geistiger Kultur, für moralischen und sozialen Fortschritt, genau so viele Möglichkeiten, die Lebensführung zu verbessern, und es wäre wahrscheinlicher, dass dies auch geschehen würde."



## Biopatente

### Bundestag einstimmig gegen Biopatente

#### Kirsten Tackmann

„Der Bundestag hat sich heute (9.2.2012) deutlich gegen Biopatente ausgesprochen. Die Linksfraktion hat den interfraktionellen Antrag mit erarbeitet und ihm auch zugestimmt, obwohl die CDU/CSU verhindert hat, dass DIE LINKE auch als Antragstellerin aufgeführt wird. Uns ist ein einstimmiges Zeichen des Bundestages gegen Biopatente wichtiger als parteipolitische Revanche,“ erklärt Dr. Kirsten Tackmann anlässlich der heutigen Abstimmung des Bundestages über die Einschränkung von Biopatenten.

Tackmann weiter: „Der Bundestag gibt den anderen Mitgliedstaaten ein deutliches Signal: Wir wollen keine Patente auf landwirtschaftliche Nutzpflanzen und Tiere! Lasst uns die rechtlichen Grundlagen dafür ändern! Wir sollten den heutigen Beschluss den Parlamenten der anderen Mitgliedstaaten, sowie dem Europäischen Parlament und der EU-Kommission als unsere einstimmige Positionierung zur Berücksichtigung in der weiteren Debatte übergeben. Diesem ersten wichtigen Schritt müssen dann auf EU-Ebene weitere folgen. Dabei wird sich auch die LINKE weiter engagieren: Gegen Biopatente!

Um zu dokumentieren, wie weit unsere Kompromissbereitschaft ging, stellen wir heute auch einen eigenen Biopatente-Antrag zur Sofortabstimmung. Im Antrag „Keine Patente auf Leben“ machen wir unsere grundsätzliche Ablehnung von Biopatenten deutlich. Und zwar nicht nur bei landwirtschaftlichen Nutztieren oder -pflanzen und nicht nur bei konventioneller Züch-

tung, sondern auf alle Tiere, Pflanzen, Gene, Produkte, etc. und selbstverständlich auch bei der Agro-Gentechnik. Gerade die Gentech-Konzerne nutzen regelmäßig das Patentrecht um ihre Gewinne zu sichern. Die LINKE im Bundestag fordert die Bundesregierung auf, sich für ein weltweites Verbot der Patentierung von Menschen, Pflanzen, Tieren und anderen Lebewesen sowie deren Nachkommen, Produkte, Organe, Gene, Gensequenzen einzusetzen.“

*Den Antrag der Linksfraktion „Keine Patente auf Leben“ veröffentlichen wir auf:*  
<http://www.oekologische-plattform.de/?s=einstimmig+gegen+Biopatente>

*Erziehung ist alles: Der Pfirsich war einmal eine bittere Mandel; Blumenkohl ist nichts weiter, als Kohl mit Hochschulbildung.*  
Mark Twain

### EU-Kommission plant neue EU-Vorschriften für die Risikobewertung von gentechnisch veränderten Pflanzen

#### Vorgesehene Änderungen laut Testbiotech nicht ausreichend

Die Europäische Kommission hat einen Vorschlag für höhere Anforderungen an die Risikoprüfung gentechnisch veränderter Pflanzen präsentiert, die in Lebens- und Futtermitteln verwendet werden. Es wäre das erste Mal, dass rechtlich verbindliche Standards in der EU beschlossen werden, nach denen sich die Europäische Lebensmittelbehörde EFSA richten muss. Eine erste detaillierte Analyse von Testbiotech zeigt jedoch, dass die vorgeschlagenen Änderungen nicht ausreichend sind, um eine Gefährdung von Mensch und Umwelt

auszuschließen. Nicht einmal kurze Fütterungsversuche von 90 Tagen werden bei jeder neuen Anmeldung verlangt.

"Die geplanten Anforderungen der EU zeigen zwar deutlich, dass die bisherige Risikobewertung durch die Lebensmittelbehörde EFSA nicht ausreichend ist. Aber auch die neuen Vorschläge sehen kein Konzept für eine umfassende Risikoprüfung vor. Im Ergebnis werden die Zulassungen beschleunigt, ohne dass das Schutzniveau erreicht wird, das die Rahmenrichtlinien der EU für Umwelt und Verbraucher vorschreiben", sagt Testbiotech.

Einige der notwendigen Verbesserungen, die Testbiotech verlangt:

- Das Konzept der vergleichenden Risikoprüfung sollte durch eine umfassende Risikobewertung ersetzt werden.
  - Die Einführung von Stresstests, um die genetische Stabilität der Pflanzen zu überprüfen.
  - Die Entwicklung eines stufenweisen Konzeptes zur Untersuchung gesundheitlicher Risiken, das in vitro Tests (ohne Tiere), die gezielte Untersuchungen bestimmter gesundheitlicher Risiken und Langzeitstudien unter Einbeziehung mehrerer Generationen vorschreibt.
  - Pflanzen, in denen mehrere Genkonstrukte kombiniert werden (Stacked Events), sollten nicht weniger gründlich als die Pflanzen geprüft werden, in die nur ein Genkonstrukt eingebaut wurde.
  - Die Rückstände von Spritzmitteln, gegen die diese Pflanzen resistent gemacht wurden, müssen in deren Risikobewertung berücksichtigt werden.
  - Wechselwirkungen wie synergistische, additive und akkumulierte Effekte müssen umfassend untersucht werden.
- Die Festlegung von standardisierten Verfahren zur Messung der Genaktivität und der Konzentration der neuen Proteine in den Pflanzen
  - Die Festlegung von Kriterien, die eine Zurückweisung von Anmeldungen nötig machen
  - Nach einer Marktzulassung müssen die Produkte im Markt so beobachtet werden, dass negative gesundheitliche Auswirkungen identifiziert werden können.
  - Die Entwicklung eines Gesamtkonzeptes für die Prüfung, das auch ethische und sozioökonomische Fragen berücksichtigt.
  - Die Industrie sollte sich an den Kosten für die Zulassungsprüfung beteiligen und in einen Fonds für die Förderung einer unabhängigen Risikoprüfung einzahlen.

Link zu den Dokumenten:

<http://www.testbiotech.org/node/614>

## Weltwirtschaft und Klima

### Weltenergiereport sieht Staatsfinanzen und Klimaschutz gefährdet

Ulrich Dorn

Gelingt es der Politik nicht, das Ruder her-umzureißen, werde die weltweite Energieversorgung in den nächsten Jahren immer „unsicherer, ineffizienter und klimaschädlicher“, warnt die Internationale Energieagentur (IEA) in ihrem jüngst veröffentlichten Weltenergiereport „World Energy Outlook 2011“. Der Studie zufolge werde die weltweite Nachfrage nach Energie bis 2035 um ein Drittel steigen – trotz Vorgaben der Regierungen weltweit zu einem nachhalti-

geren Umgang mit Energie. Denn bis zu 90 Prozent des zusätzlichen Bedarfs an fossilen Energieträgern fällt dann in Schwellenländern an, allen voran China und Indien. IEA-Direktorin Maria van der Hoeven fordert vor diesem Hintergrund: „Die Regierungen müssen schlagkräftigere Maßnahmen ergreifen, um mehr Investitionen in effizientere und klimafreundlichere Technologien auf den Weg zu bringen.“

Erneuerbare Energien könnten den weltweiten Bedarf bis 2035 nicht maßgeblich entlasten, blickt der IEA-Bericht voraus: Der Anteil fossiler Brennstoffe sinke trotz des Ausbaus der Erneuerbaren nur von 81 auf 75 Prozent. Die IEA schätzt, dass die Erneuerbaren über die nächsten 25 Jahre ihren Anteil nur von 13 auf 18 Prozent ausbauen können. Doch um diese Zuwächse zu erreichen, müssten grüne Energien weitaus stärker als bislang gefördert werden: Die Subventionen von derzeit jährlich 64 Milliarden US-Dollar müssten auf 250 Milliarden US-Dollar im Jahr 2035 angehoben werden.

Wie der Bericht weiter ausführt, sollte die Vervierfachung der Subventionen für erneuerbare Energien allerdings im Verhältnis zu den Beihilfen gesehen werden, die Regierungen für fossile Brennstoffe zahlen. Allein 2010 hätten Regierungen weltweit die gestiegenen Öl- und Gaspreise mit 409 Milliarden US-Dollar für die Verbraucher ihrer Länder abgefedert – 109 Milliarden US-Dollar mehr als 2009. Würden die Regierungen ihre Subventionspolitik beibehalten, könnten die Stützungsmaßnahmen bis 2020 auf 660 Milliarden Dollar anschwellen – was Gift für Staatsfinanzen und Klimaschutz wäre.

Den IEA-Experten zufolge werde China seine Stellung als weltweit größter Energieverbraucher festigen. Aller Voraussicht nach werde China 2035 rund 70 Prozent mehr Energie konsumieren als die Verei-

nigten Staaten von Amerika. Die weltweit erhöhte Energienachfrage, vor allem Chinas, und die zu erwartende Verdopplung des globalen PKW-Bestandes auf 1,7 Milliarden werde den Erdölbedarf von 87 Millionen Barrel (159 Liter) täglich auf 99 Millionen Barrel 2035 ansteigen lassen. Der Ölpreis dürfte dadurch von rund 105 Euro auf vorsichtig geschätzt 120 US-Dollar pro Barrel steigen.

Aufgrund vergleichsweise günstiger Kosten werde Erdgas bis 2035 der einzige fossile Energieträger sein, der seinen Anteil am Weltenergiemix steigern kann. Ebenfalls höchst interessant: Der Bau von Kernkraftwerken wird weltweit ausgeweitet, sodass diese Form der Stromerzeugung bis 2035 um rund 70 Prozent zunehmen dürfte. Auswirkungen auf das Klima: Die anhaltende Verfeuerung von Kohle und Öl werde aufgrund der steigenden CO<sub>2</sub>-Emissionen zu einer langfristigen Erderwärmung um 3,5 Grad Celsius führen. Wenn die bislang vereinbarten Politikziele nicht mehr umgesetzt werden würden, könnte die Erwärmung sogar auf sechs Grad Celsius steigen. Zum Vergleich: Eine Temperaturerhöhung um zwei Grad Celsius gilt als gerade noch beherrschbar.

Die IEA ist ein in Paris ansässiges Institut der Organisation für Wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (OECD). Die Kooperationsplattform im Bereich der Erforschung, Entwicklung, Markteinführung und Anwendung von Energietechnologien veröffentlicht die jährlich erscheinenden Publikationen „Key Energy Statistics“ und „World Energy Outlook“, die weltweit große Beachtung finden. Gegründet wurde die IEA 1973 von 16 Industrienationen zum gemeinsamen Vorgehen gegen die damalige Ölkrise.

*IEA-Direktorin Maria van der Hoeven: Massive Investitionen in Erneuerbare Energien gefordert.*

*Quelle: IEA*

### Protest gegen deutsche Exportförderung

**Christian Russau; Amerika 21**

Atomkraftgegner haben Bundesaußenminister Guido Westerwelle (FDP) bei seinem Besuch in Brasilien einen Protestbrief überreicht. Das Schreiben richtet sich gegen die Bewilligung der deutschen Exportkreditbürgschaft für das Atomkraftwerk Angra im Bundesstaat Rio de Janeiro. Der Brief liegt der Redaktion von [amerika21.de](http://amerika21.de) vor. Die Übergabe fand beim Empfang der Außenhandelskammer AHK Brasil-Alemanha zur Feier ihres 95-jährigen Bestehens statt. Westerwelle zeigte sich nach Angaben von Beobachtern überrascht.

Der Zusammenschluss von brasilianischen Atomgegnern in der Articulação Antinuclear Brasileira will mit dem Brief daran erinnern, dass Westerwelle dieses und die ähnlichen Schreiben von elf brasilianischen Abgeordneten und Senatoren bereits Ende vergangenen Jahres erhalten und noch immer nicht beantwortet hat. Die Briefe waren im Dezember an die deutsche Bundeskanzlerin, fünf Minister sowie alle Mitglieder von CDU und FDP im Haushaltsausschuss des Bundestages verschickt worden.

In dem Brief werden die Risiken der Atomtechnologie im Allgemeinen wie auch die brisante Situation der Atomenergie in Brasilien dargelegt. Brasilien verfüge über keine unabhängige Kontrolle ihrer Atomanlagen, denn die für die Atomkraftwerke zuständige Behörde kontrolliere sich selbst, schreiben die Verfasser der Briefe. Es fehle nach wie vor die Lösung des Transports und endgültige Lagerung des hochradioaktiven Atom Mülls. Letzteres war 2008 eigentlich von der brasilianischen Bundesumweltbehörde Ibama als eine von 40 Vorbedingungen [1] zum Bau des umstrittenen AKWs Angra 3 gewesen. Bislang sei in dieser Richtung in Brasilien nichts geschehen. Die Briefe erin-

nernten den deutschen Außenminister erneut daran, dass das "brasilianische Atomprogramm ein Erbe der Militärdiktatur ist".

Der deutschen Bundesregierung wird von den Abgeordneten des brasilianischen Kongresses auch vorgeworfen, dass der Atomausstieg im eigenen Lande nicht mit der Bewilligung einer deutschen Exportkreditbürgschaft für Brasilien zusammenpasst. Die Kriterien der Hermesbürgschaft und die des deutschen Atomausstiegs widersprechen sich, schreibt der Vorsitzende der Fraktion der Partido Verde (PV) im brasilianischen Nationalkongress, Sarney Filho. ([crus/a21](http://crus/a21))

[1] <http://tinyurl.com/7rsmyta>

*Die Überlegenheit indianischer über europäische Kulturen ist unübersehbar: Sie haben nicht versucht, Europa zu entdecken  
André Brie*

### Die Klimawissenschaftsleugner und der fossil-industrielle Komplex

**Udo Schuld**

Unsere Probleme sind unsere Wirtschaft und unsere Lebensweise (in den reichen Ländern). Es gibt zum Beispiel zu viele Rinder und wir düngen zu viel und verbrauchen zu viel Energie. Als diese Form der Wirtschaft geschaffen wurde, war der Treibhauseffekt noch nicht bekannt, d.h. das Prinzip schon, aber CO<sub>2</sub> wird z.B. erst seit den sechziger Jahren gemessen und nur wenige Wissenschaftler befassten sich zu der Zeit mit dem Thema.

Auch in Wissenschaftskreisen musste das Thema erst mal Fuß fassen. Erst seit den achtziger Jahren ist es einer breiteren Öffentlichkeit bekannt und wurde von der

Politik aufgegriffen. Da war unsere Wirtschaft schon weitgehend so wie sie jetzt ist. Die Umstellung der Wirtschaft von der fossilen auf eine regenerative Energieerzeugung ist das Problem, weil diese Umstellung Zeit braucht. Um die Energie, die wir heute aus Kohle, Öl und Gas erzeugen, mit Sonne und Wind zu produzieren, müssten jede Sekunde 200 Quadratmeter Solarmodule, 100 Quadratmeter Solarheizung und jede Stunde 24 "Drei Megawatt Windkraftanlagen" gebaut werden und das 25 Jahre lang. Kaum zu schaffen und trotzdem kann es gelingen. Nun, Wind- und Solarenergiehersteller werden also profitieren, Kohle, Öl und Gas zu den Verlierern gehören. Das sind die Fronten. Es ist bekannt geworden, dass viele Leugner von Teilen der Ölindustrie finanziert wurden. Auch die Kohleindustrie hat ein Interesse an der Verschleierung. Wissenschaftsleugner sind vor allem Meister in der Manipulation. Wenn sie sonst keine Ahnung haben, aber das können sie wirklich gut. Die besten Annäherungen an die Wahrheit haben aber die Klimawissenschaften. Die Leugner wollen vor allem verhindern, dass diese Erkenntnisse zu Allgemeinwissen werden.

Zu den Hauptfinanzierern der politisch weit rechts stehenden Tea-Party-Bewegung der USA werden die beiden Milliardäre David Koch und sein vier Jahre älterer Bruder Charles gerechnet. Ihnen gehören 84 Prozent von Koch Industries, dem zweitgrößten Privatunternehmen der USA. Es betreibt Öl-Raffinerien, Kohleversorger, Chemieanlagen und Holzunternehmen, und hat im Jahr einen Umsatz von etwa 100 Milliarden Dollar. Die Süddeutsche Zeitung folgert: „Die Kochs wollen den totalen Kapitalismus, und sie sind bereit zu kämpfen – gegen ein staatliches Gesundheitssystem, gegen den Klimaschutz und alles andere, das sie für Auswüchse des Sozialismus halten.“ Einer Umfrage vom Oktober 2010 zufolge glauben 53% der Tea-Party-

Anhänger, dass der Klimawandel in der Zukunft keine ernsthaften Auswirkungen haben werde. Tea-Party-Aktivisten beteiligten sich an Aktionen, die sich gegen US-Klimaschutzgesetze richteten. Die Tea-Party-Republikaner dominieren auch die US-amerikanische Kongress-Mehrheit, der es bisher gelungen ist, effektive Klimaschutzgesetze zu verhindern. Koch Industries und ihre Hauptanteilseigner, David und Charles Koch, unterstützten laut Greenpeace zwischen 1997 und 2008 mit fast 48 Millionen US-Dollar ebenfalls die Arbeit von Gruppierungen, die die globale Erwärmung bzw. deren Ursachen leugnen.



*Na ja, irgendwie klar, oder?*

Bis in die 1990er Jahre und zum Teil noch heute unterstützten Unternehmen aus dem Kohlebereich klimakritische Studien. Die Global Climate Coalition säte von 1989 bis 2002 gezielt Zweifel an den wissenschaftlichen Erkenntnissen zur globalen Erwärmung und platzierte Klimaskeptiker in öffentlichen medialen Diskussionen. Mit ExxonMobil beteiligte sich ein Ölunternehmen aktiv an der Verbreitung von Skep-

tiker-Positionen. Die Union of Concerned Scientists kam in einer Untersuchung zu dem Schluss, dass ExxonMobil mit einer langfristigen Strategie, die auch Irreführung und Fälschungen beinhaltet, dafür gesorgt hat, dass „wissenschaftliche Erkenntnisse verschleiert, Politiker, Medien und die Öffentlichkeit manipuliert und Maßnahmen zur Eindämmung von Emissionen verhindert wurden“, wie die Financial Times Deutschland berichtet. ExxonMobil hat zu diesem Zweck mit ca. 16 Mio. US-Dollar zwischen 1998 und 2005 ein Netzwerk von 43 scheinbar unabhängigen Organisationen unterstützt, die in der Öffentlichkeit den Konzerninteressen dienende Verwirrung über den Stand der Klimaforschung stifteten. In der Methodik wurde dies mit der langjährigen Verschleierung der Gefahren des Rauchens durch die Tabakindustrie verglichen. <sup>1) 2)</sup>

Für Aufsehen sorgte auch das Bekanntwerden eines Treffens in der Zentrale des American Petroleum Institute vom April 1998, auf dem unter Beteiligung des Klimaforschers Fred Singer an PR-Strategien gearbeitet worden war, in der Öffentlichkeit gezielt Unsicherheit über den Stand der Klimaforschung zu verbreiten, um so Einfluss auf politische Entscheidungsträger zu nehmen. An dem Treffen waren auch Vertreter des Ölkonzerns Exxon und konservativer Think Tanks beteiligt. Im Jahr 2003 veröffentlichten Willie Soon und Sallie Baliunas in der Zeitschrift *Climate Research* einen Aufsatz, in dem sie zur Schlussfolgerung gelangten, dass in der Gegenwart weder die wärmsten Jahre des 2. Jahrtausends noch die Jahre mit den extremsten Wetterereignissen zu finden seien und dass der anthropogene Treibhauseffekt überschätzt werde. Der Herausgeber der Fachzeitschrift, Otto Kinne, und der Chefredakteur, Hans von Storch, distanzieren sich im Nachhinein von dem Aufsatz, da die Lektoren methodische Män-

gel übersehen hatten. Von Storch trat daher sogar von seinem Posten als Chefredakteur zurück. Auch wurde der Artikel auf Grund der Tatsache kritisiert, dass Soon und Baliunas sowohl vom George C. Marshall Institute finanzielle Unterstützung erhielten, das lange gegen eine Begrenzung der Kohlenstoffdioxid-Emissionen gekämpft hatte, als auch vom American Petroleum Institute. Zahlreiche Klimaforscher kritisierten den Aufsatz und warfen Soon und Baliunas schwere methodische Fehler vor. Trotzdem wurde die Studie von der damaligen US-Regierung unter George W. Bush als angeblicher Beweis für die Behauptung herangezogen, dass Klimaschutz unnötig wäre. <sup>2)</sup>

Bekannte Klimaskeptiker sind häufig überhaupt keine Klimawissenschaftler. Maxeiner und Miersch sind z.B. Journalisten, ebenso wie Kulke von der Zeitung "Die Welt". Manche sind Lehrer oder sie kommen aus anderen Wissenschaften. So Prof. Lüdecke, Herausgeber eines klimaskeptischen Buches. Er ist Professor für Wirtschaftsingenieurwesen. Viele Wissenschaftler, welche angeblich die klimaskeptische Leipziger Erklärung unterschrieben haben, existieren überhaupt nicht. Z.B. Prof. George Stroke, Max Planck Institute for Meteorology, Munich, Germany. Es gibt weder in München ein Max-Planck-Institut für Meteorologie, noch findet sich unter den Mitarbeitern des einzigen Max-Planck-Instituts für Meteorologie (in Hamburg) ein George Stroke. Oder Dr. Heinz Sundermann, Universität Wien. In der Personensuchliste der ganzen Universität Wien findet sich kein Heinz Sundermann. Auch sonst sind keine Informationen zu ihm zu finden. Andere wiederum arbeiten gar nicht zum Klima, so Christiaan van Sumere, Universität Gent, Belgien. Er ist 79-jährig, leitete vor vielen Jahren ein Biotechnologie-Labor. Gary D. Sharp, Center for Climate/Ocean Resources Study, and Cooperative Institute

for Research in the Integrated Ocean Sciences. Er ist Fischereiexperte. Das "Center for Climate/Ocean Resources Study" besteht nur aus Gary D. Sharp, und befindet sich laut Adresse in einem Einfamilienhaus, bewohnt von Gary und seiner Frau Kathleen. Dann gibt es jede Menge angeblicher Institute, so das "Cooperative Institute for Research in the Integrated Ocean Sciences". Darüber findet man überhaupt keine Informationen. Es wird mit fiktiven Institutsnamen Klimaexpertentum vorgaukelt.

*Der auffälligste Unterschied zwischen einer Katze und einer Lüge ist, dass die Katze nur neun Leben hat.  
Mark Twain*

Da ich mich sehr intensiv mit den Leugnern beschäftige, kenne ich inzwischen auch ihre Methoden, die sehr unterschiedlich sind. Es beginnt bei plumpen Fälschungen der Darstellungen, z.B. werden Phantasie-Kurven gezeigt, setzt sich fort mit falschen Auslegungen wissenschaftlicher Daten und geht hin bis zum Ausnutzen wissenschaftlicher Unsicherheiten. Tatsächlich ist die Situation aber sehr klar. Die Unsicherheiten bestehen in Detailfragen und darin, wie sich die Zukunft entwickeln wird. Je höher die Temperatur der Erderwärmung ausfällt, desto unsicherer werden die wissenschaftlichen Aussagen. Das geben die Wissenschaftler aber auch zu. ABER, das was man weiß, ist schlimm genug!

Es wird häufig behauptet, dass Klimawissenschaftler die Theorie der Erderwärmung aufgebracht hätten, um an Forschungsgelder zu kommen. Das Gegenteil ist der Fall. Die meisten Klimawissenschaftler sind der Meinung, dass die bisherige Forschung als Grundlage für politisches Handeln ausreicht. Wusstest du, dass unter dem Klimaskeptiker US-Präsident George Bush doppelt soviel Geld an die Klimawissen-

schaften floss wie vorher? Das lag daran, dass er bzw. seine Regierung der Meinung war, die Ergebnisse der Wissenschaft wären nicht ausreichend. Wenn die Klimawissenschaftler also sagen würden, es sei alles unklar, dann würden sie viel mehr verdienen.

Allerdings muss ich zugeben, dass ich auch für Geld arbeite, weil ich es zum Überleben brauche. Es wird auch Geld mit den Erneuerbaren verdient, von dem dann wieder Menschen leben. Und einige leben ganz gut. Es werden aber auch Hunderttausende von Arbeitsplätzen in diesen Bereichen geschaffen. Natürlich darf man nicht Wasser predigen und Wein saufen. Von solchen Verhaltensweisen halte ich auch nicht viel. Ich mag auch Kapitalismus nicht. Aber wir haben ihn noch und die meisten Wähler wählen Parteien, die ihn erhalten wollen. Leider sind die Anti-Kapitalisten eine gesellschaftliche Minderheit, jedenfalls in Deutschland und den meisten Ländern der Erde.

Klimawissenschaftsleugner (Klimaskeptiker) sind mir persönlich ein Graus. Dazu führt eine ganz einfache Überlegung. Angenommen die Leugner haben recht und die Klimakatastrophe findet nicht statt, auch wenn alle zukünftig 10 Milliarden Menschen der Erde einen Lebensstil wie die oberen Zehntausend haben und deshalb in kurzer Zeit sämtliche Kohle, Öl und Gas verfeuern, dann würde es trotzdem nicht schaden, wenn wir Häuser bauen, die keine Energie verbrauchen und stattdessen sogar noch welche erzeugen, wenn wir uns auf Solarenergie stützen, statt auf Atom- und Kohlekraftwerke und der Gesundheit würde Fahrradfahren mehr nützen als das Auto. Es wäre vielleicht auch ganz schön, wenn wir uns weiterhin an den Wäldern und der Tierwelt erfreuen könnten und nicht alles abholzen, um z.B. den letzten Teersand auszuquetschen, um Treibstoffe zu erzeugen. Mit anderen Worten, eine klimafreundliche



Technologie würde keinen Schaden verursachen, auch wenn die Klimawissenschaftler sich gewaltig irren und die Klimakatastrophe nicht stattfindet.

Auf der anderen Seite würde aber ein Fortschreiten auf dem fossilen Pfad eine Katastrophe bedeuten, wenn die Klimawissenschaftler doch recht haben. Wenn man also weiter auf Atom- und Kohlekraftwerke setzt und deren Zahl vervielfacht, Verkehrsaufkommen mit Autos und Flugzeugen ansteigen lässt, sich nicht um Verbrauchsreduzierung kümmert, dann führt das in die Katastrophe, wenn die Klimawissenschaft Recht haben sollte.

Also ist man mit einer Politik des Klimaschutzes immer auf der richtigen Seite, unabhängig davon, wer recht hat. Häufig wird ja behauptet, dass die Markteinführungshilfen für die Wind- und Solar-Energie zu hoch sind und dass die Kosten die Bürger erdrücken würden. Aber das Gegenteil ist der Fall. Die fossilen Energieträger erschöpfen zunehmend. Schon heute werden weniger neue Ölquellen entdeckt, als Öl verbraucht wird. Gas, Öl, und Uran werden innerhalb von Jahrzehnten erschöpft sein und die Preise werden massiv ansteigen. Kohle reicht etwas länger. Aber je mehr man den Verbrauch ansteigen lässt, desto schneller werden die Fossilen verbraucht und desto höher steigen die Preise.

Eigentlich hätte jeder einen Vorteil davon, wenn man Häuser bauen würde, die keine Heizung mehr brauchen, außer denen, deren Geschäft der Verbrauch von Heizenergie ist, z.B. von Heizöl oder Kohle. Technisch ist das möglich, solche Häuser zu bauen, und es wird heute auch schon tausendfach gemacht, aber die Klimaskeptiker bekämpfen solche Lösungen, indem sie sagen, „zu teuer, lass uns lieber die Fossilen verbrennen, das ist billig, die Wirtschaft boomt dann“. Einer der größten

Bremser bei den Klimaverhandlungen war Saudi-Arabien und was sagten sie so während der Verhandlungen? Sie sagten, der menschliche Einfluss auf den Klimawandel wäre nicht bewiesen, es gäbe ihn womöglich gar nicht, die Wissenschaft wäre nicht einig. Ist die Vorstellung so weit hergeholt, dass Saudi-Arabien einen Wandel der menschlichen Energieerzeugung, hin zur Sonnenenergie, bekämpft, weil Öl das Geschäft des Landes ist?

Hingegen sind die Malediven, die in einigen Jahren im Meer versinken werden, große Anhänger einer Solargesellschaft, weil sie eben versinken werden. Leider werden sie tatsächlich versinken, weil die Klimawissenschaftsleugner zu sehr auf der Bremse stehen, nicht so sehr hier in Europa, aber in den USA, was aber viel schlimmer ist, weil die USA pro Kopf die größte Menge CO<sub>2</sub> erzeugen. All dies erhöht das Risiko, dass es zu ernstesten Konsequenzen führt, zu Klimakatastrophen, die in Afrika schon begonnen haben, wie das Beispiel Tanganjika-See zeigt oder auch das Beispiel Tschad-See oder die Feuer in Russland und Griechenland oder die Überschwemmungen in Pakistan, Indien, China, Polen oder Süddeutschland.

1) Quelle: Wikipedia - Tea-Party-Bewegung (Stand: 25.12.2011)

2) Quelle: Wikipedia - Kontroverse um die globale Erwärmung (Stand: 25.12.2011)

### **Anmerkung der Redaktion:**

Der Artikel bildet den Rahmen für die aktuelle Diskussion um das Buch „Die kalte Sonne“ des Klimaskeptikers Vahrenholt, Vorstandsvorsitzender der RWE-Tochter RWE Innogy. Das Buch ist Bestandteil eines breit angelegten Rollback der beginnenden solaren Energiewende, das die Energiekonzerne versuchen. Siehe auch:

<http://www.oekologische-plattform.de/?s=Vahrenholt>

### Spanische Forscher sehen Arktis-Klima kurz vor Kippe

innovationsreport.de

Nirgendwo auf dem Planeten tritt die Erderwärmung deutlicher in Erscheinung als in der Arktis. Die Anzeichen dafür häufen sich, dass in dieser Region bereits ein "gefährlicher Klimawandel" vor sich geht, wenn man die Definition des Weltklimarates IPCC heranzieht.

Kritische Punkte seien hier bereits in Reichweite, bei denen kleine Veränderungen das gesamte System verändern können, schreiben spanische Polforscher vom Consejo Superior de Investigaciones Científicas in der Zeitschrift "Nature Climate Change".

Oft verlieren sich Forscher und Medien in der Frage, ob das schmelzende Meereis der Arktis wieder ein neues Minimum erreicht hat, kritisiert Studienleiter Carlos Duarte im presstext-Interview. "Die Meeresis-Fläche ist jedoch kein absoluter Indikator für den Zustand der Arktis, da sich die Widerstandskraft der Region höchstens aus der Dicke des Eises ergibt." In weniger als 20 Jahren könnte der arktische Ozean im Sommer völlig eisfrei sein, so der Experte. Die absehbaren Folgen: Das freigesetzte Süßwasser verändert die Ozeanzirkulation, von der wiederum vielerorts das Regional-klima und die Fähigkeit des Ozeans zur CO<sub>2</sub>-Speicherung abhängt.

Dabei gibt es in der Arktis jedoch noch eine ganze Reihe weiterer Kippelemente. "Das Auftauen der Permafrost-Böden gehört etwa dazu, da es große Vorkommen des Klimagases Methan in die Atmosphäre freisetzen könnte, oder die Rückgänge der Taiga-Nadelwälder, einem wichtigen CO<sub>2</sub>-Speicher. Das Schwinden des Grönlandgletschers lässt die Meere steigen, das Trocknen der Torfböden erleichtert unkontrollierte Flächenbrände wie in Russland

2010 und die steigende Meerestemperatur lässt Methanhydrate freikommen", zählt Duarte auf.

### Klima schneller als Anpassung

Grundsätzlich rechnet die Forschung damit, dass Kippelemente ab einer Erwärmung von zwei Grad über dem Temperaturniveau von 1990 in Bewegung kommen. In der Arktis dürfte dies wesentlich früher der Fall sein, erhitzt sie sich doch schneller - um ein Grad pro Jahrzehnt. Die natürliche Anpassung der Ökosysteme der Region ist deutlich langsamer als die Klimaerwärmung.

"Wichtig ist es deshalb, jene Alarmsignale zu identifizieren, die Anhaltspunkte über die genaue Situation dieser Kippelemente geben. Dadurch erst kann auch die Politik bessere Präventiv- und Anpassungsmaßnahmen einleiten", so Duarte. Denn die Reaktion des Menschen auf den arktischen Klimawandel ist bisher kontraproduktiv: Man beschränkt sich weitgehend darauf, Vorteile der Eisschmelze für Transport, Schiffsverkehr und Erdöl- sowie Gasgewinnung auszubeuten, weshalb Fachleute die Region bereits als neuen "Wilden Westen" bezeichnen.

[http://www.innovationsreport.de/html/berichte/geowissenschaften/arktis\\_klima\\_kurz\\_kippe\\_189568.html](http://www.innovationsreport.de/html/berichte/geowissenschaften/arktis_klima_kurz_kippe_189568.html)

### 3.500km durch Kuba

#### Alexandra und Wolfgang Borchardt

Wenn sich zwei Mitglieder des SR der ÖPF entschließen, zusammen über 13.000 kg CO<sub>2</sub>-Emissionen - mehr als ein "Jahresbudget" - für einen einzigen Urlaubsflug zu verursachen, dann ist das erklärungsbedürftig: Des Widerspruches zu dem eigenen ökologischen Anspruch sind wir uns wohl bewusst, doch konnten wir nicht

widerstehen, an der Reise zum 20-jährigen Bestehen von Cuba si teilzunehmen und uns mit eigenen Augen vom Leben in Kuba und dem durch die Solidaritätsspenden Erreichten zu überzeugen.

Im Vorfeld hatten wir unterschiedliche Meinungen von Kuba-Besuchern gehört, die natürlich auch durch die jeweilige politische Einstellung geprägt war. Die Aussagen reichten von: "Die Kubaner sind ein stolzes Volk, sie werden ihren sozialistischen Weg erfolgreich gehen." bis "Ich mache lieber Urlaub in der Dominikanischen Republik. In Kuba ist alles etwas ärmlicher und die Städte sind ziemlich verfallen." Es stimmt: Kuba ist ein armes Land und der Zusammenbruch des sozialistischen Lagers hat es an den Rand des Abgrundes gebracht. Es stimmt auch, dass von den Gebäuden in den Städten zum Teil die Farbe abblättert, der Putz abfällt und (Außen-) Wände schwarz von Schimmel sind. Besonders fiel uns das in den westlichen Provinzen auf. Neben fehlenden Mitteln sind aber auch die Klimabedingungen (Hitze, Feuchtigkeit und Salzgehalt in der Luft) eine Ursache dafür. Wer sich mit Bauphysik und -biologie auskennt, weiß das. Außerdem konzentrieren die Kubaner ihre Mittel mehr auf dringend notwendige Dinge als auf Äußerlichkeiten... und: Finanzielle Mittel für die Sanierung vieler unter UNESCO-Schutz stehender Bauten auf Kuba werden durch die verbrecherische Embargo-Politik der USA blockiert - worüber in Europa kaum etwas zu hören und zu lesen ist.

Unsere Reise führte uns zu den Projekten, die Cuba si unterstützt, und damit von der westlichsten Provinz Pinar del Rio bis in die östlichste Guantanamo - insgesamt 3.490 km. Die Reise war so organisiert, dass wir nicht nur die landschaftlichen Kostbarkeiten der Insel und wichtigsten Orte der kubanischen Revolution kennengelernt haben, sondern auch die Menschen in den Projekten und bei den

Partnerorganisationen. Wir haben gesehen, dass sich die Kubaner des Wertes ihrer Umwelt bewusst sind. Natürlich ist ein Teil der ökologisch nachhaltigen Lösungen dem Mangel an Vielem aber auch äußeren Zwängen geschuldet: Pferdewagen und Eselskarren sind zwar umweltfreundlich, aber nicht gerade schnelle und leistungsfähige Transportmittel. Die bis zum Zusammenbruch des sozialistischen Lagers vorhandene industrielle Landwirtschaft benötigte wesentlich mehr Energie und Dünger sowie Kraftfutter in der Tierproduktion, als bereit gestellt werden kann usw.

Aber wie die Probleme gelöst wurden, kann sich sehen lassen: Monokulturen aus mehr als 100-jährigem Zuckerrohranbau werden durch Gemüseanbau und Weidewirtschaft reduziert. Aus der „Holsteiner“ Hochleistungsrasse und einheimischem Zebu wurde und wird eine neue Rasse gezüchtet, die mit dem Klima besser zurecht kommt und trotzdem hohe Milchleistung liefert. Dabei erfolgt die Tierhaltung weitgehend artgerecht auf Weiden. Das Wasser für die notwendigen Tränken wird mittels Windkraft oder solar betriebener Pumpen gefördert. Zuckerrohrüberschüsse werden als Kraftfutter (-ersatz) genutzt, steile Flächen, die für Pflanzenanbau und Rinderweiden ungeeignet sind, mit Schafen und Ziegen beweidet, erosionsgefährdete Flächen wieder aufgeforstet usw. Insgesamt kann die kubanische Landwirtschaft nicht nur als nachhaltig, sondern – abgesehen vom Orangen- und Zuckerrohranbau – als ökologische Landwirtschaft bezeichnet werden – auch ohne Gütesiegel.

Die Energie- und Treibstoffversorgung ist dank langfristiger Verträge mit Venezuela inzwischen stabil – auch ohne das AKW Juragua, dessen Bauruine als technisches Denkmal (einer verfehlten Energiepolitik?) erhalten bleiben soll. Die erneuerbaren Energien (Solar- und Windenergie, Biogasanlagen) erreichen zur Zeit 7% der

Stromerzeugung und werden kontinuierlich ausgebaut. Dabei kommt dem Land zugute, dass bereits in der Energiekrise der 90-er Jahre dezentrale Umspann- und Kraftwerke errichtet wurden, um die regionale Versorgung zu stabilisieren. Daneben setzt die kubanische Regierung auf die Senkung des Energieverbrauchs. Eine der Maßnahmen besteht in der Verteilung bzw. dem Verkauf zu sehr geringen Preisen von Energie sparenden Haushaltsgeräten an die Familien – wo vorhanden, im Austausch gegen Altgeräte. „Nebenbei“ werden dadurch die Lebensbedingungen verbessert. Außerdem wird Energiesparen belohnt: Wer mehr verbraucht, muss auch einen höheren kWh-Preis bezahlen. (In Deutschland ist es umgekehrt: Großverbraucher zahlen weniger pro kWh.) Wer nun denkt, so etwas geht „nur in einer Diktatur, wie Kuba“, der irrt: Die Schweiz hat ihren Elektroenergieverbrauch in Haushalten durch ein ähnlich organisiertes staatlich gefördertes Anreizprogramm gesenkt.

In Bildung und Gesundheitsfürsorge nimmt Kuba nach dem EDI (= Education For All Development Index) der UNESCO einen sehr guten 22. Platz weltweit ein – unter anderem vor Polen, Israel, Belgien, Schweiz. Wir konnten uns davon beim Besuch einer Poliklinik in Camagüey überzeugen. Sie bildet das Zentrum der medizinischen Versorgung der Provinz Camagüey unter anderem mit Allgemeinmedizin, Stomatologie, Kardiologie, Allergologie, Ophthalmologie, Röntgenlabor, Geriatrie, Neurologie, Labor, Physiotherapie und Rehabilitation. Die erste Anlaufstelle für Patienten sind aber die *in jedem* Ort vorhandenen „Familienärzte“ (entsprechen unseren Hausärzten), die bei Bedarf an die Spezialisten überweisen. Bis zum Termin beim Spezialisten vergehen bis zu drei Wochen. Zum Vergleich: Als ich (W.B.) am 15.2.12 in Berlin einen Augenarzttermin haben wollte, wurde mir mitgeteilt, dass ich

mir ab 1.4. einen Juli-Termin holen könnte (mehr als 19 Wochen).

Bildung und Gesundheitsdienstleistungen sind wichtige Exportschlager (Die meisten ausländischen Ärzte nach dem Erdbeben in Haiti kommen aus Kuba.) – wobei die Grenzen zwischen wirtschaftlichem Ertrag für das Land und solidarischer Hilfe für noch ärmere Länder fließend sind. Die wichtigste Säule kubanischen Exports ist aber der Tourismus, der kräftig ausgebaut wird. Weil Tourismus häufig die Quelle von Umweltzerstörung ist, waren wir besonders an dem Projekt Las Terrazas interessiert. Dort leben inzwischen 1.200 Menschen im Biosphärenreservat der Sierra del Rosario nur vom Tourismus. Die Anzahl der täglichen Besucher ist streng limitiert und wird an der Einfahrt in das Gebiet gezählt; man kann nur auf vorgegebenen Straßen und Wegen fahren bzw. wandern. Das Ergebnis ist: Die Natur ist seit Jahren intakt und dem Dorf und seinen Einwohnern geht es gut.

Dennoch bleibt Tourismus umweltschädigend – schon wegen der erforderlichen Anreise: Kanadier, Spanier und andere Europäer fliegen nach und von Kuba. Um unsere eigene CO<sub>2</sub>-Bilanz wenigstens teilweise zu kompensieren und gleichzeitig Kuba zu unterstützen, haben wir die mittels Emissionsrechner von [www.atmosfair.de](http://www.atmosfair.de) ermittelten 310€ an Cuba si gespendet.



### Rohstoffe und Umwelt

#### **Lithiumabbau auf Kosten der Anwohner Argentinische Indígenas setzen sich gegen Bergbau auf ihrem Land zu Wehr**

**María Inés Zigarán und Elisabeth Jeglitzka, WFD**

Dass die Rechte der Indígenas in der argentinischen Provinz Jujuy nicht gewahrt werden, hat sich bis zur UNO herumgesprochen. Am 4. Dezember besuchte der UN-Sonderberichterstatter für die Rechte Indigener Völker James Anaya die argentinische Andenprovinz im Nordwesten.

Es war hoher Besuch: Der UN-Sonderberichterstatter für indigene Rechte, James Anaya, hatte sich in der argentinischen Provinz Jujuy angesagt. Rund 500 Indígenas empfingen Anaya in Ojo de Huancar auf der Hochebene von Jujuy mit einer farbenprächtigen, traditionellen Begrüßungszeremonie. Anschließend wurden bei einem Treffen mit Indígenas aus 33 verschiedenen Gemeinden der Region Menschenrechtsverletzungen durch Bergbauunternehmen und die argentinische Regierung thematisiert. Daran besteht kein Mangel.

Ein Bergbauunternehmen will Lithium aus der lokalen Salzstätte fördern. Lithium ist ein wichtiger Bestandteil von Akkus, zum Beispiel in Handys. Deshalb ist sein Preis auf dem Weltmarkt enorm gestiegen und weckt Begehrlichkeiten nach diesem Rohstoff. Das bedroht die traditionelle Lebensweise vieler Bewohner. Seit Generationen bewirtschaften die Indígenas die kargen Böden angepasst und nachhaltig. Kollektiv bauen sie Salz ab und nutzen es als

Kochsalz, aber auch für die Tierhaltung. Die Lithiumproduktion zerstört diese traditionelle Lebensform. Den Indígenas wird der Zugang zur Salzstätte verboten. Zudem erfordert die Lithiumgewinnung viel Wasser. Wasser, das eigentlich für die Bestellung des umliegenden Landes unentbehrlich ist. Die Indígenen wurden in die Planungen bisher nicht einbezogen und damit wurden ihre Rechte auf Information und vorherige Absprache verletzt. Die Betroffenen, die sich im Rat der Organisationen der Indigenen Organisationen Jujuy (COAJ) organisieren, haben ihr Recht auf Eigentumstitel für ihr Land, zu dem auch die Salzlagerstätte gehört, juristisch geltend gemacht. Doch die Rechtsprechung in Argentinien ist mangelhaft und verläuft schleppend. »Für uns ist der Besuch eine Kampfansage. Wir wollen deutlich machen, dass der Staat die Rechte der Indígenas praktisch nicht durchsetzt«, sagt Natalia Sapura, Koordinatorin des Rates der Organisationen der Indígenas von Jujuy.

James Anaya versprach bei seinem Besuch, die zutiefst Besorgnis erregende Situation in Jujuy in seinen Empfehlungen an den argentinischen Staat und die frisch im Amt bestätigte Präsidentin Cristina Kirchner anzusprechen.

Natalia Sapura setzt in den Besuch des UN-Sonderberichterstatters große Erwartungen und Hoffnungen. Der Bericht von Anaya kann die Prozesse beschleunigen, in denen die Landrechte der Bewohner von Jujuy und anderen Teilen Argentiniens geklärt werden.

*Wenn ich alle Staaten im Geiste betrachte und darüber nachsinne. So stoße ich auf nichts anderes, so wahr mir Gott helfe, als auf eine Verschwörung der Reichen, die den Namen und Rechtstitel des Staates missbrauchen, um für ihren eigenen Vorteil zu sorgen.  
Thomas Morus (1478-1535)*

### **Deutsche Forscher gefährden Wale mit riskanten Lärmexperimenten**

**Pressemitteilung des WWF und WDCS  
23.1.2012**

Forscher des Alfred Wegener Institut für Polarforschung führen derzeit riskante Lärmexperimente in der Antarktis durch. Die Versuche werden von WDCS und WWF scharf kritisiert.

"Der Höllenlärm unter Wasser wird kilometerweit übertragen und kann bei Walen und Robben massive Gehörschäden verursachen", warnt Stephan Lutter, Meereschutzreferent beim WWF Deutschland. Gerade Wale seien auf ein intaktes Gehör für Nahrungssuche, Paarung und Kommunikation angewiesen. Unterwasserlärm gelte als eine mögliche Ursache für die immer wieder beobachteten Strandungen von Meeressäugern.

Nachdem das Umweltbundesamt als zuständige deutsche Behörde die Genehmigung für die Untersuchungen des Alfred Wegener Instituts verweigert hatte, werden diese derzeit von einem russischen Kooperationspartner durchgeführt. Bei den umstrittenen Untersuchungen handelt es sich um so genannte seismische Explorationen. Mit "Airguns", einer Art Schallkanone, werden Explosionen mit extrem lauten Schallwellen von bis zu 260 Dezibel erzeugt. Der Schalldruck ist - vorsichtig geschätzt - mehr als 10.000 mal so groß wie der eines Presslufthammers in einem Meter Abstand. Die Schallwellen wandern durch das Wasser und schallen mehrere Kilometer tief in den Boden. Die Echos geben Aufschluss über die Bodenstruktur und beispielsweise über Erdöl- und Gasvorkommen.

"Der Konflikt zwischen dem Umweltbundesamt und dem Alfred Wegener

Institut besteht bereits seit Inkrafttreten des Gesetzes zur Ausführung des Antarktis-Vertrages 1998", berichtet Karsten Brensing von der Whale and Dolphin Conservation Society (WDCS). Er wertet das Verhalten des Polarforschungsinstituts als "skandalös". Das Alfred Wegener Institut habe zugesagt, auf die besonders gefährlichen großvolumigen "Airguns" zu verzichten. Stattdessen werden die Experimente mit einer russischen Genehmigung unter "falscher Flagge" ausgeführt. "Mit diesem Wortbruch untergräbt das Institut internationale Umweltschutzbemühungen. Wie soll Umweltschutz glaubhaft vermittelt werden, wenn eine staatliche Stelle die andere austrickst?", kritisiert der Bioakustiker und Meeresbiologe Dr. Karsten Brensing von der WDCS.

*Eine weitere aktuelle Information zu Umweltschäden in Zusammenhang mit der Rohstoffgewinnung, für die wir keine Nachdruckgenehmigung haben, finden Sie unter:*

*<http://www.dradio.de/dkultur/sendungen/weltzeit/1655511/>*

## **Bücherecke**

### **„Natur, Städtebau und Energie“**

**Rita Kindler**

Die Autoren stellen in ihrem Buch die interdisziplinäre Verbindung von Städtebau, Bildung und kommunaler Energieversorgung vor. Im Mittelpunkt stehen die Aktivitäten des Herausgebers in Bremervörde seit 1991. Er ist – von Beruf Wissenschaftsjournalist und Publizist – ein angesehener sowie umstrittener Kommunalpolitiker. Es begann vor 20 Jahren mit der niedersächsischen Landesausstellung „Natur im Städtebau“ in Bremervörde.

In dieser Ausstellung ging es bereits um ein Umdenken auf den Gebieten Mobilität,

Energienutzung und Konsumverhalten. Es wurden konkrete Vorschläge gemacht, die aber von den Verantwortlichen der Stadt nicht umgesetzt wurden. Geblieben ist jedoch der Natur- und Erlebnispark mit „Umweltpyramide“, Lehrpfad und Apotheker- und Kräutergarten. Die „Pyramide“ gab ein Beispiel, wie der Strom- und Wasserverbrauch gesenkt werden kann.

Die Autoren kritisieren, dass Bremervörde zwar die Ausstellung bezahlte, aber nicht einmal bei stadteigenen Immobilien dieses Angebot nutzte und die Ideen der Landesausstellung nicht in den Prozess der Lokalen Agenda21 aufnahm. Das Anliegen der 1991-er Ausstellung ist heute also noch immer Utopie! Umso dringender ist es im Sinne der Nachhaltigkeit, Schulen zu Lernlandschaften zu entwickeln, die die neue Generation zu einem Umdenken befähigen.

Die Schule soll zum Mittelpunkt der Stadterneuerung werden, ein Netzwerk mit Wirtschaft und Kultur bilden. Der Stadtbau soll die Natur einbeziehen und nicht vertreiben. Dieses Konzept kann das Überleben kleiner Städte im Sog von nahen Großstädten befördern, indem sich Familien wohlfühlen, Arbeitsplätze erhalten werden und Fachkräfte eine Zukunft haben. Das ist heute angesichts der Überalterung der Bevölkerung in solchen Städten wie Bremervörde nötiger denn je.

Das Buch stellt Eckpunkte eines solchen Konzepts vor. Klotz zeigt in Text und Bild, wie Lernlandschaften beschaffen sein sollten. Kahl beschreibt neue Lerninhalte. Die Kinder dürfen nicht mit Wissen vollgepfropft, sondern müssen begeistert werden. Die Schule mit einem veränderten Unterricht („Lernlandschaft“) soll den Kern eines Netzwerks bilden, das eine andere Mobilität bis hin zur Ressourceneinsparung durch neue Gebäudetypen verbindet. Der Raum wird von Reinhard Kahl sogar als „dritter Pädagoge“ eingestuft (Schüler seien die ersten, Lehrer die zweiten Pädagogen). Überzeugend werden im Buch die neue Art des Lernens und deren Anforderungen an den Raum dargestellt, das betrifft die Räume innerhalb sowie im Umfeld der Schule und die Einbindung in die Natur. Als gutes Beispiel stellt Schweppe das neue Lernen in der Stadt Herford vor.

Für Bremervörde hat Klotz zwei Projekte einer Ganztagschule erarbeitet – eines sollte in den bestehenden Natur- und Erlebnispark integriert werden, das andere im Stadtteil Engeo ebenfalls mit einer Parklandschaft entwickelt werden.

Bautätigkeit und Infrastrukturmaßnahmen verdrängen seit langem das Grün in den Städten. Das ist in der Phase der Schrumpfung nicht nachvollziehbar. Neue Baugebiete im Umland auszuweisen, zeugt von einer Blindheit der Stadtplanung. Es ist an der Zeit, die Altbausubstanz so zu sanieren, dass die Stadtzentren wieder mit Leben erfüllt werden. Offenbar gibt es in Bremervörde Leerstände im Zentrum wie in vielen schrumpfenden Städten. Ausgehend von dem Ziel, bis zum Jahr 2020 eine deutliche Energiewende zu bewältigen und den täglichen Flächenverbrauch von etwa 100 auf 30 ha herunterzufahren, haben sich bereits viele Beispiele des ökologischen Stadtbbaus entwickelt. Welzer begründet die überlebensnotwendige Energiewende.

Das vorliegende Buch stellt konkrete Angebotsprojekte für Bremervörde zur Diskussion. Diese Angebote sind aber auch für andere Städte anregend, weil mit der Einheit von Bildung, Natur und Energiewende die Städte wieder anziehend werden. Die Beispiele sind also nicht nur für Bremervörder Bürger interessant. Das Buch liest sich flüssig und ist mit den vielen Farbfotos innovativ. Ich werte es als Schule für das Umdenken, das wir brauchen. Wie ist die Vernetzung der getrennt betrachteten und geplanten Bereiche zu organisieren? Wie nötig eine deutsche Standardfamilie das gebotene Wissen hat, zeigt mir ein Erlebnis im letzten Sommer: Ich traf ein Ehepaar aus Frankfurt/M., das mit dem Boot die schönen Brandenburgischen Gewässer erkundete. Die Frau war von der Landschaft begeistert, stellte aber zu allererst verwundert und kritisch fest: „Hier gibt es ja noch sehr viel Platz zum Bauen!“ Gerade vom Zubetonieren der Landschaft müssen wir in Zukunft jedoch wegkommen!

*„Natur, Städtebau und Energie“ von Johannes Klotz (Herausgeber) mit Beiträgen von vier Autoren: Johannes Klotz, Reinhard Kahl,*



Rainer Schweppe und Harald Welzel  
Donat-Verlag 2011, ISBN 978-3-938275-95-5,  
62 Seiten, 14,80 €

### Das Wetter von morgen. Wenn das Klima zur Bedrohung wird

Marko Ferst

Dass sich das Klima wandelt, ist unbestritten; selbst Politikern gehen wissenschaftliche Fakten über CO<sub>2</sub>-Ausstoß und Erderwärmung inzwischen flüssig über die Lippen. Nur keine Panik, heißt es, werden doch bereits weltweit Programme entwickelt, die den schädlichen Einfluss des Menschen begrenzen und die Natur wieder in ihr »natürliches Gleichgewicht« bringen sollen. Doch wie viel Zeit bleibt wirklich? Die neuesten Erkenntnisse der Klimaforschung und Earth Science, die Fred Pearce in diesem Buch versammelt, sind weit beunruhigender als alles, was wir bisher zum Thema gelesen haben. Schon die Vorstellung eines graduellen Wandels ist möglicherweise grundfalsch: Die Natur kennt lineare Prozesse kaum; dagegen gibt es in der Erdgeschichte genügend Beispiele abrupter Veränderung und chaotischer Prozesse, wenn bestimmte Schwellenwerte überschritten werden. Dass die Menschheit seit der letzten Eiszeit in einem relativ stabilen, vorhersehbaren Klima gelebt hat, war eher eine Ausnahme als die Regel. Die Natur ist nicht schwach, viel schlimmer: Sie holt gerade zum Gegenschlag aus. Rund um den Globus hat Pearce die Brennpunkte aufgesucht, die diese These bestätigen: vom weltgrößten Sumpfgebiet Sibiriens, in dem auftauende Permafrostböden nahezu unbeachtet Millionen Tonnen Methan freisetzen, bis zur Antarktis, in der unterirdische Flusssysteme aus Schmelzwasser die Eisdecke zu destabilisieren drohen. Panikmache? Von wegen, sagt Pearce, sind es doch gerade die bedächtigen und seriösen Wissenschaftler, die heute Alarm schlagen und für ein weit radikaleres Umdenken plädieren. Fred Pearce ist Umweltberater des New Scientist-Magazins und schreibt als Wissenschaftsjournalist für Medien wie Independent, Times, Boston Globe,

Ecologist, New Scientist, Daily Telegraph und Independent. Für seine internationalen Reportagen wurde Pearce mehrfach ausgezeichnet, u. a. mit dem Science Award for Outstanding Journalism. Fred Pearce lebt mit seiner Familie in London.

*Fred Pearce: Das Wetter von morgen. Wenn das Klima zur Bedrohung wird; 336 Seiten, Kunstmann, 19,95 €*

### „Beiträge zur Umweltpolitik“ - Nachauflagen und Ergänzungen

Ende 2011 wurden drei Broschüren unserer Reihe im Mediaservice, dem Online-Shop der LINKEN, wieder aufgelegt.

**Heft 1:** Götz Brandt, „Grünes Auto“ oder „Solarauto“? Ist individuelle Mobilität mit dem Auto nachhaltig möglich? - 3., durchgesehene und ergänzte Aufl., Dez. 2011.

**Heft 3:** Götz Brandt, Nachhaltiges Wirtschaftswachstum? - 2., durchgesehene und ergänzte Aufl., Mai 2011.

**Heft 4:** Thomas Scherzberg „Konsequente Umgestaltung der Abfallwirtschaft zu einer energieeffizienten Ressourcen- und Wertstoffwirtschaft - 2., durchgesehene Aufl., Dez. 2011.



Weitere Buchempfehlungen finden Sie auf unserer Internetseite:  
<http://www.oekologische-plattform.de/?cat=28>

## Inhaltsverzeichnis

Editorial.....	1
In eigener Sache.....	1
Spendenaufuf.....	1
Tagung des Koordinierungsrates am 11.2.2012.....	1
Einladung zum Bundestreffen.....	2
Regionales.....	2
Parteitag der LINKEN in Brandenburg.....	2
DIE LINKE Ahrweiler begrüßt die Unterzeichnung der „Charter der 100ee-Regionen“ durch Landrat Dr. Jürgen Pöhler.....	3
Grundsatzfragen.....	3
Vom Markt gefressen werden.....	3
Die „Ver-rücktheit“ unserer Kultur und die LINKE.....	5
Die Produktionsfaktoren und ihre Erscheinungsformen als Gebrauchswert und Wert in Wirtschaft und Gesellschaft.....	9
Eine stagnierende Ökonomie ist eine gute Ökonomie? Eine schrumpfende wäre eine bessere.....	13
Biopatente.....	15
Bundestag einstimmig gegen Biopatente.....	15
EU-Kommission plant neue EU-Vorschriften für die Risiko- bewertung von gentechnisch veränderten Pflanzen .....	15
Weltwirtschaft und Klima .....	16
Weltenergiereport sieht Staatsfinanzen und Klimaschutz gefährdet.....	16
Protest gegen deutsche Exportförderung.....	18
Die Klimawissenschaftsleugner und der fossil-industrielle Komplex.....	18
Spanische Forscher sehen Arktis-Klima kurz vor Kippe.....	23
3.500km durch Kuba.....	23
Rohstoffe und Umwelt.....	26
Lithiumabbau auf Kosten der Anwohner Argentinische Indígenas setzen sich gegen Bergbau auf ihrem Land zu Wehr.....	26
Deutsche Forscher gefährden Wale mit riskanten Lärmexperimenten.....	27
Bücherecke.....	27
„Natur, Städtebau und Energie“ .....	27
Das Wetter von morgen. Wenn das Klima zur Bedrohung wird.....	29
„Beiträge zur Umweltpolitik“ - Nachauflagen und Ergänzungen.....	29

## Autorenangaben

Wolfgang Borchardt ist Mitglied des SprecherInnenrates der Ökologischen Plattform.

Wolfgang Huste ist Pressesprecher LAG Ökologische Plattform DIE LINKE RLP, Mitglied des Koordinierungsrates der Ökologischen Plattform und Mitglied im Kreissprecherrat DIE LINKE. Ahrweiler

Rainer Trampert ist Publizist, war Mitbegründer der Grünen, deren Vorstandssprecher und Betriebsrat bei Texaco.

Friedrich W. Sixel ist Professor für Soziologie an der Queen's University in Kingston, Kanada.

Werner Schneider ist Mitglied der Ökologischen Plattform.

Saral Sakar ist Publizist und Mitbegründer der "Initiative Ökosozialismus".

Kirsten Tackmann, MDB, ist die agrarpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion DIE LINKE.

Testbiotech e.V. fördert unabhängige Forschung, untersucht ethische, soziale und wirtschaftliche Fragen, und prüft Risiken für Mensch und Umwelt.

Ulrich Dorn ist Mitglied des SprecherInnenrates der Ökologischen Plattform.

Christian Russau berichtet für das Internetportal Amerika21.de aus Brasilien.

Udo Schuldt ist Sprecher LAG Umwelt, Energie und Verkehr in Hamburg.

Der innovations-report versteht sich als „modernes Forum für Wissenschaft, Industrie und Wirtschaft zur Förderung der Innovationsdynamik sowie zur Herstellung neuer Kontakte für eine stärkere Nutzung des vorhandenen Innovations- und Leistungspotenzials.“

Alexandra Borchardt ist Mitglied des SprecherInnenrates der Ökologischen Plattform.

María Inés Zigarán und Elisabeth Jeglitzka berichten für nd aus Argentinien.

Marko Ferst ist Mitbegründer und Mitglied der Ökologischen Plattform.

## Abbildungsverzeichnis

Titelblatt: W. Borchardt; Neubau in der Sierra Mae4stra  
S. 19: von Udo Schuldt; Lizenz: CC BY-NC-SA 3.0  
S. 25: W. Borchardt; Kinder kubanischer Bauern

## Impressum

### Kontakt:

Ökologische Plattform bei der Partei DIE LINKE ; Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin

E-Mail: [oekoplattform@die-linke.de](mailto:oekoplattform@die-linke.de); Internet: [www.oekologische-plattform.de](http://www.oekologische-plattform.de)

Die ÖPF ist ein anerkannter Zusammenschluss der LINKEN und arbeitet als bundesweite Arbeitsgemeinschaft.

### Herausgeber: Sprecherrat der Ökologischen Plattform

**Redaktion:** [tarantel@oekologische-plattform.de](mailto:tarantel@oekologische-plattform.de) (ausschließlich für Veröffentlichungen);

**Redaktionsschluss:** 15.2.2012

Beiträge, Leserbriefe, Buchempfehlungen bitte möglichst in abdruckbarer Form per E-Mail einsenden.

Über eine Veröffentlichung entscheidet der Sprecherrat. Veröffentlichte Beiträge, auch einzelner Autoren der Ökologischen Plattform, spiegeln nicht in jedem Fall die Auffassung der Ökologischen Plattform als Ganzes wider. Beiträge ohne Quellenangabe stammen von den Autoren, Beiträge ohne Autorenangaben in der Rubrik IN EIGENER SACHE von der Redaktion.

geplanter Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: 15.5.2012

Elektronische Fassungen dieser und älterer Ausgaben sind unter [www.oekologische-plattform.de](http://www.oekologische-plattform.de) bzw. [www.die-linke.de](http://www.die-linke.de) verfügbar.

**Bestellung/Adressänderung:** [kontakt@oekologische-plattform.de](mailto:kontakt@oekologische-plattform.de)

**Spenden für die „Tarantel“ und ÖPF:** Volksbank Berlin, BLZ 10090000, Konto 5000600000, VWZ 831-141 ÖPF

## Kontaktadressen

Neuaufnahmen, Veränderungen, Ergänzungen bei Adressen/ Abonnement der Tarantel bitte über [kontakt@oekologische-plattform.de](mailto:kontakt@oekologische-plattform.de)

## Bundesebene

### Ökologische Plattform

Kleine Alexanderstr.28, 10178 Berlin,  
Internet: [www.oekologische-plattform.de](http://www.oekologische-plattform.de)  
Mail [info@oekologische-plattform.de](mailto:info@oekologische-plattform.de) oder  
[oekoplattform@die-linke.de](mailto:oekoplattform@die-linke.de)

Manfred Wolf [manfredwolfberlin@gmx.de](mailto:manfredwolfberlin@gmx.de), 030 2411127  
Petra Beck [pcbe@gmx.net](mailto:pcbe@gmx.net)  
Götz Brandt [Prof.Goetz.Brandt@t-online.de](mailto:Prof.Goetz.Brandt@t-online.de)  
Tarantel [tarantel@oekologische-plattform.de](mailto:tarantel@oekologische-plattform.de)

### BAG Umwelt-Energie-Verkehr

Uwe Fiedler (Koordination), Auf der Kugel 15, 58093 Hagen,  
[hageneruwe@googlemail.com](mailto:hageneruwe@googlemail.com)

### Bundestag

Eva Bulling-Schröter (Vorsitzende Umweltausschuss),  
Tel. 030 22772485, Fax 030 22776485  
[eva-bulling-schroeter.ma01@bundestag.de](mailto:eva-bulling-schroeter.ma01@bundestag.de)

Dorothee Menzner (energiepolitische Sprecherin),  
Tel.030 227-73167, Fax 030 227-76166,  
[dorothee.menzner@bundestag.de](mailto:dorothee.menzner@bundestag.de)

Ralph Lenkert (umweltpolitischer Sprecher),  
Tel. 030 227-72638, Fax 030 227-76638,  
[ralph.lenkert@bundestag.de](mailto:ralph.lenkert@bundestag.de)

Sabine Stüber (Naturschutz, Biodiversität, Lärmschutz),  
Tel. 030 227-72138, [sabine.stueber@bundestag.de](mailto:sabine.stueber@bundestag.de)

### Landesebene

#### Baden-Württemberg

Heinrich Dubell, Heggbacher Str. 41, 88477 Schönbühl,  
[h.dubell@online.de](mailto:h.dubell@online.de)

#### Bayern

LAG Umwelt, Bahnhofstraße 5, 85051 Ingolstadt, Tel. 0841  
3796284, [eva.bulling-schroeter@wk.bundestag.de](mailto:eva.bulling-schroeter@wk.bundestag.de)

Marianne Selke, [marianne-selke@t-online.de](mailto:marianne-selke@t-online.de)

#### Berlin

Marion Platta (MdA, Umwelt), Niederkirchnerstr. 5, 10111  
Berlin, Tel. 030 23252550, [platta@linksfraktion-berlin.de](mailto:platta@linksfraktion-berlin.de)

#### Brandenburg

Norbert Wilke (LAG Umwelt) Großbeerenstr. 7 14482 Potsdam  
01520 2875749 [norbert.wilke@dielinke-brandenburg.de](mailto:norbert.wilke@dielinke-brandenburg.de)

Carolin Steinmetzer-Mann (MdL, umweltpolitische Sprecherin),  
Am Havelblick 8, 14473 Potsdam,  
[carolin.steinmetzer@dielinke-fraktion.brandenburg.de](mailto:carolin.steinmetzer@dielinke-fraktion.brandenburg.de)

#### Bremen

Klaus-Rainer Rupp (Mitglied Bürgerschaft, Umwelt), Tiefer 8,  
28195 Bremen, [klaus-rainer.rupp@linksfraktion-bremen.de](mailto:klaus-rainer.rupp@linksfraktion-bremen.de)

#### Hamburg

Gilbert Siegler, (AG Umwelt, Energie, Verkehr)  
Braamwisch 41, 22175 Hamburg, [g.siegler@web.de](mailto:g.siegler@web.de)

Dora Heyenn (Mitglied Bürgerschaft, Umwelt),  
Rathausmarkt 1, 20095 Hamburg,  
[dora.heyenn.ma1@linksfraktion-hamburg.de](mailto:dora.heyenn.ma1@linksfraktion-hamburg.de)

#### Hessen

Hajo Zeller, (ÖPF Hessen) Weidenhäuser Str. 78/80, 35037  
Marburg, Tel. 06421 163873, [hajo.zeller@web.de](mailto:hajo.zeller@web.de)

Marjana Schott (MdL, Umwelt- und Landwirtschaftspolitik),  
Schlossplatz 1-3, 65183 Wiesbaden,  
[m.schott@ltg.hessen.de](mailto:m.schott@ltg.hessen.de)

#### Mecklenburg-Vorpommern

Dr. Mignon Schwenke (MdL, Umwelt), Lennestr. 1,  
19053 Schwerin, [m.schwenke@dielinke.landtag-mv.de](mailto:m.schwenke@dielinke.landtag-mv.de)  
Tel. 9385 5252531

Ute Spriewald (LAG Nachhaltige Entwicklung)  
[u.spriewald@dielinke.landtag-mv.de](mailto:u.spriewald@dielinke.landtag-mv.de)

#### Niedersachsen

Heinz Preuß (ÖPF NS, Koordinierungsrat ÖPF), Sedanstr. 6,  
31787 Hameln, Tel. 05151 409481, [Hpborusso@aol.com](mailto:Hpborusso@aol.com)  
Rolf Köhne, Mispelweg 6, 30419 Hannover,  
[rolf.koehne@arcor.de](mailto:rolf.koehne@arcor.de)

Kurt Herzog (MdL, Umwelt), Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1,  
30159 Hannover, [kurt.herzog@lt.niedersachsen.de](mailto:kurt.herzog@lt.niedersachsen.de)

#### Nordrhein-Westfalen

Ralf Henrichs, (Koordinierungsrat ÖPF) Kellermannstr. 13,  
48149 Münster, Tel. 0151 18479447, [ralfhenrichs@gmx.de](mailto:ralfhenrichs@gmx.de)  
Jörg Bütefür, (ÖPF NRW, www.oepf-nrw.de)

Spittlerstr. 24, 45144 Essen, [joerg.buetefuer@gmx.de](mailto:joerg.buetefuer@gmx.de)  
Michael Aggelidis, MdL, Energie- und Technologiepolitik,  
[michael.aggelidis@landtag.nrw.de](mailto:michael.aggelidis@landtag.nrw.de)

Hamide Akbayir, MdL, Umweltpolitik, Verbraucherschutz,  
Agrarpolitik; [hamide.akbayir@landtag.nrw.de](mailto:hamide.akbayir@landtag.nrw.de)

#### Rheinland-Pfalz

Marion Morassi, Walporzheimer Str. 5, 53474 Ahrweiler,  
[marion-morassi@t-online.de](mailto:marion-morassi@t-online.de)  
Wolfgang Huste, (LAG ÖPF RP) [whuste@aol.com](mailto:whuste@aol.com)

#### Saarland

Dagmar Ensch-Engel (MdL, Umwelt- und Tierschutz),  
Franz-Josef-Röder-Straße 7, 66119 Saarbrücken,  
[dagmar.ensch-engel@dielinke-saar.de](mailto:dagmar.ensch-engel@dielinke-saar.de)

#### Sachsen

Sabine Kunze, Jahnstr. 1, 02929 Rothenburg, Tel.  
035891 35290, [an-sa-kunze@t-online.de](mailto:an-sa-kunze@t-online.de)

Michael-Alexander Lauter, (ADELE – ÖPF SA)  
Schrammsteinstr. 9, 04207 Leipzig, Tel. 0341 9424882,  
[micha.lauter@web.de](mailto:micha.lauter@web.de);

Marco Böhme, [marco.boehme@linksjugend-sachsen.de](mailto:marco.boehme@linksjugend-sachsen.de)

Dr. Jana Pinka (MdL, Umwelt- und Technologiepolitik),  
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden,  
[jana.pinka@slt.sachsen.de](mailto:jana.pinka@slt.sachsen.de)

Dr. Monika Runge (MdL, Energie- und Klimaschutz),  
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden,  
[monika.runge@slt.sachsen.de](mailto:monika.runge@slt.sachsen.de)

#### Sachsen-Anhalt

Frigga Schlüter-Gerboth, (AG Umwelt SN)  
Ernst-Haeckel-Str. 5, 06122 Halle, Tel. 0345 29418-63,  
Angelika Hunger (MdL, Verbraucherschutz, Energiepolitik),  
Domplatz 6-9, 39104 Magdeburg,  
[Angelika.hunger@dielinke.lt.sachsen-anhalt.de](mailto:Angelika.hunger@dielinke.lt.sachsen-anhalt.de)

Andre Lüderitz (MdL, Umweltpolitik), Domplatz 6-9, 39104  
Magdeburg, [andre.luederitz@dielinke.lt.sachsen-anhalt.de](mailto:andre.luederitz@dielinke.lt.sachsen-anhalt.de)

#### Schleswig-Holstein

Silke Mahrt, Amselweg 7, 23843 Bad Oldesloe,  
[silke.mahrt@web.de](mailto:silke.mahrt@web.de)

Dettmer Grünefeld, (ÖPF-SH) Bendixenweg 6,  
24975 Ausackerholz b. Flensburg, Tel. 04633 966624,  
[dettmergruenefeld@hotmail.com](mailto:dettmergruenefeld@hotmail.com)

#### Thüringen

Dr. Johanna Scheringer-Wright, (ÖPF TH,  
<http://oekosozialisten.de>) [johanna@scheringer.de](mailto:johanna@scheringer.de)

Thomas Pätzold, [webmaster@oekosozialisten.de](mailto:webmaster@oekosozialisten.de)

Tilo Kummer (MdL, Landwirtschaft),  
Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt, Tel. 0361 3772317,  
[kummer@die-linke-thl.de](mailto:kummer@die-linke-thl.de)

Katja Wolf (MdL, Umwelt) Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt,  
[wolf@die-linke-thl.de](mailto:wolf@die-linke-thl.de)

#### linke und ökologische Medien

Dr. Steffen Schmidt (Wissenschafts- und Umweltredakteur  
Neues Deutschland), Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin,  
[s.schmidt@nd-online.de](mailto:s.schmidt@nd-online.de),  
<http://www.neues-deutschland.de/rubrik/umwelt>

Der Rabe Ralf, Umweltzeitung für Berlin und Brandenburg,  
Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin, Tel.030 44339147,  
[www.grueneliga-berlin.de/raberalf](http://www.grueneliga-berlin.de/raberalf)